

Die „Weltwähr“
erscheint wöchentlich 1 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Waisenhausstr. 6/6,
und durch Postkontore zu beziehen.
Preis vierzig Pf. 2.50.
pro Woche 20 Pf.
Schrift für den Preis 2.50.
Postfach 1000 2.50.
nein keine Waren oder 2.50.

Völkswoche

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Jahrestriäger
berichtet für die einzelnen
Gebiete über deren Raum
zu übernehmen.
Für Arbeitsmarkt, Beratung, und
Verleihung, Anzeigen
in deutscher Sprache.
Auslandssprachen ab 10 Pf.
Unterlage für die nächste Nummer
muss bis Sonntag über der
Zeitung abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 238.

Freitag, den 11. Oktober 1907.

18. Jahrgang.

Zur Verstaatlichung der englischen Eisenbahnen.

Die für unzulässige Dienste geforderten Forderungen bedrängen gerade so gut eine Einnahme, als die durch das Gesetz bestimmten Abgaben... Dies ist der Fall bei Straßen, Kanälen oder Eisenbahnen. Sie sind immer in einem gewissen Grade Monopole, und eine Regierung, welche ein solches Monopol bedingungslos einer Privatgesellschaft überlässt, tut gewissmachen dasselbe, als wenn sie einem Individuum oder einer Gesellschaft ausstellt, irgend eine beliebige Steuer zu setzen Quarten auf das im Lande produzierte Mais, oder auf alle, in das Land importierte Wolle zu erheben.

John Stuart Mill.

Der gegenwärtige Konflikt zwischen der „Amalgamated Society of Railway Servants“ (Eisenbahner-Organisation) und den Eisenbahn-Direktoren läßt eine Frage auftreten, die viel wichtiger ist, als eine Erhöhung der Löhne oder eine Verminderung der Arbeitszeit.

Diese Frage ist: „Wie lange noch kann der Staat die Monopolwirtschaft durch eine Reihe rauhieriger und unkompetenter Privatkorporationen ertragen?“ Falls der Staat die Eisenbahnen nicht leitet, werden diese bald den Staat leiten. Die Lords (Magnaten) des Bahnbewesens sind für das Gemeinwohl gerade so nutzlos und gefährlich, als die Lords (Magnaten) des Landes. Beide müssen ausgetilgt werden. Und glücklicherweise ist der Prozeß zur Durchführung ein sehr einfacher. Die Bedingungen, unter denen der englische Staat die Eisenbahnen zwangsweise von den gegenwärtigen Gesellschaften erwerben kann, sind durch den Gladstone-Akt von 1844, der mit seltener Scharfsicht bestimmt, das der zahlbare Preis die 2-jährige Gesamtsumme des jährlichen Neingewinns abzuschätzen aus dem Durchschnittsgewinn der 3 folgenden Jahre sein soll, festgelegt. Es wird nicht nötig sein, auch nur einen einzigen Pfennig von der Kaufsumme durch neue Steuern zu erheben. Ein geschickter Streich würde die ganze Angelegenheit erledigen. In einem feststehenden Tage würden sämtliche Gesellschaftsaktien als Staatspapiere erklärt werden. Wünschen nun die 100 Aktionäre der 51 Gesellschaften Barzahlung, brauchen sie nur die Staatspapiere zu verkaufen, wie jetzt ihre Aktien. Die 534.000 Eisenbahnbediensteten, ob organisiert oder nicht, werden stets Zivilbeamte, Staatsbeamte sein. Die Nation spart bei diesem Prozeß 30 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark jährlich), so enorm ist der Gewinn der Privateigner. Gegenwärtig zahlt die Bevölkerung den Aktionären die gigantische Summe von 43 Millionen Pfund an Dividenden auf ihr ungenügend erneutes Betriebsmaterial. Das Kapital der Gesellschaften hat sich — sagt der „Glasgow Herald“, September 19. 1899 — so riefig vermehrt, daß man es kaum für glaubhaft halten kann. Nicht weniger als 45 Millionen

Pfund kamen im letzten Jahre zum Kapitalkonto. Dasselbe beträgt gegenwärtig 1.134.468.462 Pfund Sterling.

Zweifellos ist ein guter Teil dieser Summe nur nominell und man kann annehmen, daß 183.500.000 Pfund auf Büchermanipulationen zurückzuführen sind. Das Gesamt-inventar sollte 950.968.462 Pfund betragen. Anstatt nun diesen enormen Gewinn unter ein Häuflein Faulenzer zu verteilen, müßte er den Arbeitern zugute kommen, würde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 10 Mark erlauben und ließ immer noch genug übrig, um ein Generalschema von Invalidenpensionen zu finanzieren.

Könnte England die Eisenbahnen so arbeiten lassen wie Deutschland, würde es statt 534.000 nur 378.131 Arbeiter zu bezahlen haben und statt 3.000 Direktoren nur 3 usw. usw. In Deutschland werden die Passagiere weit billiger befördert und doch hat der Staat eine bedeutende Nettoeinnahme aus den Bahnen, während in England kein Pfennig in den Staatsfächer fließt.

Gibt es einen vernünftigen Grund, ein Gegner der Verstaatlichung der Bahnen zu sein? Nein. In Belgien sind nach Übernahme der Bahnen durch den Staat, Frachten und Personenbeförderungspreise um 40 Prozent niedriger geworden; in Deutschland betragen die Profite der Bahnen ca 115 Millionen Mark, trotzdem die Preise 40 Prozent niedriger sind, als die der englischen Privatgesellschaften. Alle ausländischen Kolonien haben billigere Preise und rentieren sich glänzend; in Österreich-Ungarn haben die jüngsten Versuche große Erfolge erzielt; und so ist es in der ganzen Welt dasselbe.

Die Übernahme der Eisenbahnen durch den Staat sollte einer der ersten Punkte auf dem Programm aller Politiker aller Parteien sein.

C. G.

Die Löhne der englischen Eisenbahner.

Die Londoner Handelskammer hat in ihrem letzten offiziellen Bericht den Verdienst der Eisenbahnbediensteten unerwähnt gelassen. Eine Londoner Zeitung veröffentlicht denselben jetzt. Hierin erhalten Expreßfahrer 8 Mark pro Tag; Personenzugführer 5 bis 6.50 Mark; Feuerleute 8.50 bis 4.50 Mark; Signalleute 18 bis 25 Pf. wöchentlich; Schaffner 28 bis 35 Pf.; Weichensteller 20 bis 22 Pf.; Fahrkartenskontrolleure 19 Pf.; Gepäckträger 14 bis 18 Pf.; und Streckenarbeiter 17 bis 18 Pf.

Zugführer, Feuerleute und Schaffner arbeiten ungefähr 60 Stunden wöchentlich, Signalleute 60 und Gepäckträger 70 bis 90 Stunden. Ausbildungskosten arbeiten oft 12 Stunden für 80 Pf. Bei diesen niedrigen Löhnen und der langen Arbeitszeit ist es kein Wunder, wenn die öffentliche Meinung auf Seiten der Eisenbahner in dem bevorstehenden Kampf steht! Und sie beweisen ferner, daß die Verstaatlichung unbedingt im Interesse der Arbeiter liegt.

Politische Übersicht.

Die ersten Arbeiten der kommenden Reichstagsession. Dem Vernehmen nach soll der Reichstag seine Sitzungen am 2. November wieder aufnehmen. In dieser ersten Sitzung dürften nur kleinere Vorlagen und Petitionen beraten werden. Alsdann wird in die weitere

Verhandlung der unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfe eingetreten werden. Einer der ersten Gegenstände soll auch die erste Beratung des Gesetzentwurfs über den Majestätsbeleidigungs-Paragraphen sein.

Wie eine parlamentarische Korrespondenz versichert, wird es immer zweifelhafter, ob es möglich sein wird, die Beamtengehälter-Vorsteife gleichzeitig mit dem Etat einzubringen.

Vor 100 Jahren. Nach Jena und Auerstädt erblieb besonders die vom Adel und der Bürokratie geplagte ländliche Bevölkerung in den Franzosen nicht die Erbauer, sondern die Verfechter. Das veranlaßte die preußische Regierung, der bis dahin dem Adel rücksichtslos preisgegebenen Landbevölkerung ähnliche Freiheiten zu versprechen, wie sie Frankreich durch die Revolution sich gegeben hatte und sie auch den deutschen Landesteilen, die Frankreich eroberte, gewährte.

Dem Minister Stein, Staatsrat v. Schön, v. Schröder, Südermann und anderen einsichtiger Staatsmännern erschien es unabdingt notwendig, im Interesse der Erhaltung des Staates, die ländliche Bevölkerung aus der wirtschaftlichen und politischen Einsicht durch die Jünger zu befreien. Die bedeutendste soziale Tat nach dieser Richtung hin war das vor hundert Jahren von König Friedrich Wilhelm III. unterzeichnete Edikt vom 9. Oktober 1807. Das Edikt föhrte die Freiheit des Güterverleihs ein, hob die Beschränkung in Besitz und Veräußerung des Gütes auf, berechtigte den Bürger und Bauern, aus dem Bauernstand in den Bürgerstand oder aus dem Bürgerstand in den Bauernstand zu treten, auch adelige Güter zu erwirken, an den adeligen Rechten (Kreis- und Landtag, Schul- und Kirchenpatronat, Gerechtigkeit, Gerichtsbarkeit) teilzunehmen, auch der Edelmann darin nach dem Edikt „bürgerliche Gewerbe betreiben“. In § 10 des Edikts hieß es:

„Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fern erhin kein untertäniges Verhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Übernehmung einer untertänigen Stelle, noch durch Vertrag.“

§ 11 lautete: „Mit der Publikation der genannten Verordnung hört das bisherige Untertänigkeitsverhältnis derjenigen Untertanen und ihrer Weiber und Kinder, welche ihre Bauernmutter erblich oder eigentlich oder erbinstinktiv oder erbprächtig besitzen, wechselseitig gänzlich auf.“ Alle Gutsuntertänigkeit sollte aufhören. In dem berühmten § 12 heißt es: „Mit dem Martinstage 1810 hört alle Gutsuntertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf. Martinstage 1810 gibt es nur freie Leute.“

Wir wollen für heute davon absehen, darüberlegen, wie die Jünger die Grundsätze des Ediktes über die Bauernbefreiung hintertrieben, und es verstanden haben, trotz des Ediktes bis zum heutigen Tage den wirklich arbeitenden Bauern durch neue Gesetze sich tributpflichtig zu machen und sich die „Obrigkeit“ über die anzumachen, die in ihrem Bezirk arbeiten. Es mag heute daran erinnert werden, wie bald nach dem 9. Oktober 1807 im Gegensatz zu diesem Edikt eine Gediegnordnung für Preußen zustande kam, die als Zeichen preußischer Kulturschmach und Kulturschande fast unverändert noch heute für Niedersachsen gilt.

Ein Frauenstück.

Sozialer Roman von Elisa Orzesko.

Einziger autorisierte Uebersetzung von Leonhard Britzen.

20!

(Nachdruck verboten)

So denkend, öffnete sie das längliche Kästchen, das ihre Zeichenmaterialien barg. Frau Rudzinska hatte in angeborener Herzengüte und voll seiner Erfindung diese neuen und für Martha kaum erschwinglichen Bedürfnisse erraten und ihr das Kästchen zugleich mit den anvertrauten Arbeit eingehändigt. Der Bleistift lag über das Papier, Martha fühlte, daß ihr das Beider-Schöpfers zu folgen bemüht war, daß ihr Auge ohne alle Schwierigkeit den dargestellten und bewidmeten Linien folgte. Ihr Herz klopfte immer stärker und rindiger, der Atem ging leichter, eine leise Note bedekte das blosse Antlitz und die Augen strahlten von glückseligem Eifer. Die Frösterin der Bedrägen, die Geführerin der Einflüsse, die Sorgenbrecherin aller, die im Kampfe des Lebens seher, die Arbeit hatte ihren Triumpf in die ärmliche Manade gehauen und hatte den Frieden mit sich gebracht. Der Sonnenstrahl, der den niederen Baum bestiegen war geschwunden, das dumple Bräusen der Großstadt rollte fort und fort, Martha sah und hörte nichts.

Als und zu sah sie nach ihren ruhig auf seinem Platze schlenden Kindern hin, richtete einige ärztliche Worte an die Kleine und wat gleich wieder in ihre Arbeit vertieft. Sie und da zogen sich ihre Brauen zusammen und man sah, daß sie intensiv nachdachte. Die Geheimnisse und Schwierigkeiten der echten Kunst türmten sich fast unüberwindlich vor ihr auf. Über sie strebte und strebte sie zu überwinden und ihr wollte es scheinen, als ob sie es ihr. Das Lächeln jedoch, das bei der Berichtigung ihrer Arbeit auf ihren Lippen spiegle, schwand, als sie dieselbe mit dem Original verglich. Sie hatte mit aller Geistes- und Willenskraft, mit voller Leidenschaft und glühender Hingabe gearbeitet, bis die Dämmerung hereinbrach, jetzt begannen leise Zweifel und Bedenken in ihr aufzusteigen, ob sie auch ihrer Aufgabe gerecht worden war. Aber sie meinte den aufsichtlichen Brodel ab, rief ihr kleines Mädchen zu sich heran, hob es auf ihre Arme und läßt es wieder zu. Für Lächeln war jetzt anders als am Morgen, wo es dem leidenschaftlichen Schmerze abgerungen war. Es erfüllte wie von selbst auf den Lippen der jungen Mutter, welche die Arbeit getrieben hatte und die ein Sonnenstrahl der Hoffnung erwärme.

Martha erzählte der kleinen eines jener lieblichen Märchen, welche die kindliche Phantasie einzulösen, aber während sie in höheren reizvollen Bildern den Seiden weiter und weiter spann

und das Kind, solchen Genusses längst entzweit, mit voller Aufmerksamkeit horchte, brach immer und immer wieder der Gedanke in ihrem Kopfe durch: „Wenn ich es nur recht gemacht, ob ich wohl etwas verschieben kann?“

Dieselbe Gedanke begleitete Martha als sie mehrere Tage später das Haus der Familie Rudzinski besuchte. Eine entscheidende Antwort wurde ihr jetzt noch nicht zuteil, morgen erst sollte eine Redaktionssitzung stattfinden, bei der die kompetenten Fachkollegien ihr Urteil über Marthas Arbeit zu fällen hatten. „Ich hoffe Sie, sich überzeugen fröhlich wieder herzumühen, da wird mein Mann sicherlich eine bestimmte Nachricht für Sie haben.“

Martha erschrak zur angegebenen Stunde. Frau Rudzinska empfing sie in gewohnter, lebenswürdiger Weise und bot ihr einen Lehnsstuhl neben einem kleinen Tische an, auf dem ihre vor mehreren Tagen vollendete Arbeit lag. Als sie herantrat, erhob sich achtungsvoll zu ihrer Begehrung ein Herr in mittleren Jahren, mit klugen, edlen und sanften Augen, und reichte ihr die Hand. Es war Adam Rudzinski, der, bis sie Platz genommen hatte, vor ihr stehen blieb und dann selbst Platz nahm.

Die Frau des Hauses hatte sich mit schlicht riedergeschlagener Miene etwas in den Hintergrund zurückgezogen und sah schwielig mit gesenkten Blicken da. Eine Zeit lang herrschte dumpfes Schweigen im Salon. Jedem der Anwesenden schien es schwer zu werden, das erste Wort zu sprechen, endlich begann Herr Rudzinski:

„Ich bedauere es vom ganzen Herzen, daß ich zum Ueberbringer einer wenig erfreulichen Nachricht wurde, es lag jedoch nicht in meiner Macht, die Sache zu ändern.“ Er schwieg und richtete den Blick voll edler Offenheit und tiefer Mitgefühl auf Martha. Er hatte sich offenbar unterbrochen, um es der jungen Frau zu ermöglichen, sich für den schweren Schlag, der sie treffen sollte, zu sammeln. Martha erschickte und senkte die Augen, die früher fest auf das Antlitz des Sprechenden gerichtet waren. Doch entrang sich kein Seufzer, kein Ausruf ihrer Brust. Rudzinska sah, daß Martha sich zu beherrschen vermochte, er sah daher fort:

„In der Angelegenheit, die Sie augenscheinlich beschäftigt, bin ich persönlich nicht kompetent und wiederhole nur die Worte, die mir aufgetragen worden. Ich will dies aber mit aller Offenheit tun, um Sie vor schweren Enttäuschungen zu bewahren und auch weil es materiell wie moralisch nichts Schädlicheres für den Menschen gibt, als sich einer Läusigkeit hinsichtlich seiner Fähigkeiten auszusetzen.“

„Ihre Arbeit beweist, daß Sie wirklich Talente haben und daß Sie zeichnen lernten, aber viel zu wenig, zu flüchtig und oberflächlich, wodurch Ihr Talent unausgebildet geblieben und das wahre Geheimnis der Kunst sich Jahren nicht offenbart hat.“

Schwedische Künstlerschaft hat zwei verschiedene Seiten. Die eine, die der etlichen Natur, dem angeborenen Talente des Künstlers entspringt, und die andere, die nur eine Sache der Arbeit und des Studiums ist. Aus dem Talent entwickelt sich wortlos die Inspiration, aber nur vollendetes können beherrschen die Inspiration. Technische Fertigkeit, die nicht von echter Begabung besteht ist, kann nie und nimmer ein echtes Künstlerwerk schaffen, es wird immer nur etwas handwerksmäßiges daraus, aber ebenso bleibt das herkömmliche Talente ohne vollkommenen technischen Ausbildung eine unerträgliche, im Dunkeln taudende Kraft, welche nur Unvollkommenes und Unseriges schafft. Sie bekennt ein ziemlich hervertragendes Talent, jenes man das trost Theselder äußerst mangelhaften Technik annehmen kann, aber ...“

„Adam!“ rief, jetzt die Dame des Hauses, indem sie sich erhob und auf die belämmerte Frau blickend, ängstlich ihren Mann ansah. Martha verstand die Besorgnis ihrer liebenswürdigen Beschützerin, sie erhob das Haupt und sprach mit fester Stimme: „Gütige Frau, es ist mir ein wahres Bedürfnis, die Wahrheit zu hören. Selbst die wenigen Erfahrungen, die ich bis jetzt zu machen gehabt habe, haben mich von der vollen Mächtigkeit der Worte Ihres Herrn Gemahls überzeugt. Es langt in der Tat weder materiell noch moralisch Schöblerisches für den Menschen geben, als den Titrum, in dem er sich leider nur zu oft über sich selbst und seine Fähigkeiten befindet.“

Frau Rudzinska nahm jetzt neben Martha Platz und ihr Gatte nahm den Faden des Gesprächs wieder auf.

Die Kunst besitzt verschiedene Abschüttungen, und verschieden sind die Stile, um deren willen man sie sich zu eignen machen sucht. Selbst ein ziemlich beschiedener Grad künstlerischen Könnens genügt schon, das Leben für sich und anderen zu verschönern und manchelei Abwechslung in dasselbe zu bringen. Der sogenannte Dilettantismus ist gut für das Privatleben, spielt eine Rolle in den Salons, in der Gesellschaft, dem Kreise, dem man angehört, stimmt über ein mit einer behaglichen und auskömmlichen Freizeit, dem er poetischen Netz und eine erhöhte Empfänglichkeit verleiht. So edel und nützlich der künstlerische Dilettantismus jedoch ist, wie bedeutend die Stelle, die er in der geistigen Entwicklung des Menschen einnimmt, so ist er doch nur eine Art und ein Schmutz des Daseins. Vom Dilettantismus fehlen Angstzittern abhängig zu machen, ihn zum Gebrauch zu bringen, zu wollen, ist unmöglich und auch nicht würdig. Unmöglich, weil aus dem Unvollkommenen sich nichts Vollkommenes entwickeln wird, unzulässig, weil die unheimlichen Verhüllungen den Eindruck auf Beobachtung im Kampf ums Dasein gar nicht erheben sollen.“

(Fortsetzung folgt)

Vieder mit dem Gesetz! Die „Deutsche Tageszeitung“ berichtet von einer Gerichtsverhandlung gegen einen Bauarbeiter in Südbad, der von seiner Arbeitsstelle aus einem vorübergehenden Offizier: „Brüsewitz!“ gerufen haben soll. Auf den Strafantrag des Offiziers wurde Anklage wegen Beleidigung erhoben. Das Gericht kam zu einem Freispruch, weil der angeklagte Arbeiter und zwei seiner Ge- nossen, diese unter ihrem Eid, aus sagten, einer von ihnen habe den Spitznamen Brüsewitz und sei bei dem Vorfall ge- meint gewesen und sobann, weil das Gericht der Behauptung des Angeklagten Glauben schenkte, den Offizier nicht gesehen zu haben und überhaupt nicht zu wissen, wer Brüsewitz ge- wesen sei.

Wenn ein simpler Arbeiter einem Erschlagenen gegenübersteht, kann man wahrhaftig nicht annehmen, daß sich das Gericht zugunsten des Arbeiters geirrt hat. Das Bündlerblatt tut dies dennoch und meint:

Wie möchten betonen, daß es grundsätzlich äußerst bedenklich wäre, gegen solche ganz unmotivierten Beleidigungen eines Standes Milde walten zu lassen. Dadurch müßte schließlich die Selbsthilfe geradezu herausgefordert werden, und es könnten Zustände eintreten, die im Interesse des sozialen Friedens überaus belägenswert wären.

Das heißt, das Blatt für Fleischwucher und deutsche Art hätte es lieber gesehen, wenn der Offizier den Arbeiter auf der Stelle gebrüsewitzt, zusammenstoßen, hätte, wie jener Karlsruher Leutnant den Mechaniker Siepmann, und reizt indirekt mit Hinweis auf die Milde der Gerichte die Folge zu solchen Brüsewitzereien auf!

Was würde die „Deutsche Tageszeitung“ sagen, wenn wir in Beantwortung dieser Selbsthilfe des Säbels die Selbsthilfe des Ziegelsteins empfehlen würden?

Über einen polizeilichen Mißgriff wird dem „Verl. Tz.“ aus Jena geschrieben: Am Donnerstag der vorigen Woche wurde ein Redakteur des „Jenaer Volksblattes“, als er auf offener Straße ein Exemplar der auf Beschluss des Amtsgerichts beschlagnahmten Broschüre des Dr. J. Wernsdorf sahbar in der Hand trug, von einem Schützmann angehalten und einem hochnotpeinlichen Verhör unterzogen. Obwohl der Redakteur seinen Namen nannte, wurde er von dem Schützmann genötigt, mit ihm den Gang zur Polizei zu machen anzutreten. Als dort anwesende Schutzleute die Angaben des Arrestanten bestätigten, konnte er gehen. Auf seine Frage, weshalb er denn eigentlich festiert worden sei, erwiderte der dienstreiche Beamte in nichts weniger als freundlichem Tone: „Weil ich — das ist meine Sache!“ Damit gab sich aber der Redakteur nicht zufrieden, sondern legte über die ihm zuteil gewordene Behandlung bei dem Polizeichef Beschwerde ein. Dem Beschwerdeführer ist ein Schreiben des Gemeindevorstandes, unterzeichnet 2. Bürgermeister Dr. Wagner, zugegangen, in dem es heißt:

Nach § 27 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 trifft die Beschuldigung von Druckstiften die Exemplare nur da, wo sie sich zum Zweck der Verbreitung befinden. Die bereits in dem Besitz von Privatpersonen zum Zweck eigenen Gebrauchs übergegangenen Exemplare einer Druckschrift sind daher von der Beschuldigung ausgenommen. Es war somit ein Mißgriff des Schützmanns Lamprecht, als er Sie, im Besitz der beschlagnahmten Druckschrift „Blatt 11 der Nachschall“ sahend, Sie anhielt und obendrein festigte. Wir dulden Ihnen wegen der Ihnen zuteil gewordenen rechtwidrigen Behandlung unser Bedauern aus und bemerkten, daß wir den Schützmann Lamprecht schon zu rechtfertigen haben. Wir würden ihn noch strenger bestrafen, wenn wir nicht berücksichtigen müßten, daß er erst ganz kurze Zeit Schützmann ist, und daß es ihm deshalb noch an Erfahrung mangelt.

Diese Korrektur des Verhaltens eines Schützmannes ist gewiß recht dankenswert. Man braucht sich aber über diese schnelle Erledigung des Vorfalls weniger zu wundern, wenn man berücksichtigt, daß er sich nicht in Preußen, sondern in Sachsen-Weimar abgespielt hat. In Preußen würde es wohl etwas anders klingen.

Der Vorgesetzte benimmt sich ungehörig — und der Soldat wird dafür bestraft! In der ersten Schwadron des Hanauer Ulanenregiments hatte eines Morgens beim Stabldienst der Ulan Ludwig Becker den Misslaren eines anderen Beritts bezogen. „Wie kommen Sie dazu, den Misslaren fortzunehmen? Das ist gerade so, wie wenn Sie einem Kameraden etwas aus dem Spind wegnehmen“, herrschte ihn der Sergeant Johann Weißberger an. „Andernfalls fahren Sie den Kameraden wieder zurück!“ Der Ulan tat es. Als aber der hinter ihm hergehende Sergeant zu schimpfen fortfuhr und ihn ein „gemeines Schwein“ und einen „Satan“ nannte, sagte er: „Ein Satan bin ich nicht, sondern vorläufig bin ich noch Ulan.“ „Halten Sie Ihre Schnauze!“ rief der Sergeant und trat drohend auf den Mann zu, worauf dieser sagte: „Herr Sergeant, drei Schritte vom Leibe!“ Ein Wachtmeister, der den Ulan gehört hatte, trat ran hinzu und triente die Streitende.

Der Ulan aber kam wegen Schimpfturzverweigerung und Ächtungsverleumdung vor das Standgericht. Von der Anklage wegen Ungehorsams wurde er freigesprochen; aber in dem Ausdruck: „Drei Schritte vom Leibe!“ erblieb das Standgericht eine Achtungsverleumdung vor versammelter Mannschaft und verurteilte den noch nicht bestrotenen Ulanen zu vierzehn Tagen strenger Arrest. Er legte Berufung ans Kriegsgericht ein mit der Begründung, er habe die Worte nur gebraucht, weil er befürchtete, von dem aufgeregten Sergeanten auch noch geschlagen zu werden. Sein Antrag, ihm einen Beleidiger zu stellen, wurde abgelehnt. Vor dem Kriegsgericht wurde Sergeant Weißberger die Beschimpfungen und den Vorwurf des Diebstahls zugeben, und das Gericht erkannte an, daß der Sergeant in durchaus ungehöriger Weise den ganzen Auftritt herbeigeführt und durch seine Schimpfworte den Untergebenen getreift habe. Aber es hielt ebenfalls die Entgegnung des Ulanen für eine Achtungsverleumdung und setzte die Strafe auf die Hälfte herab. Der Soldat wird also mit einer Woche strengen Arrests bestraft, behielt sich sein Vorgesetzter ungehörig be- knownen hat. Nach gewöhnlichem Menschenverstand ist die Achtungsverleumdung nicht von dem Ulan, sondern von dem Sergeanten begangen worden. Illestigen stellte der Anklageverteidiger in Aussicht, daß man auch gegen den Sergeanten wegen Beleidigung Großbritannien vorgegangen machen soll.

In vaterlandlosen Gesellen gemacht. Mit dem 1. Oktober sind in Südwürttemberg Bestimmungen in Kraft getreten, die die „Rechts“verhältnisse der Einwohner neu ordnen sollen, die in Wahrheit aber nichts anderes als ihre Sklavenrolle regeln. Drei Bestimmungen sind es, die besonders tief in das Leben der Einwohner einschneiden:

1. Einwohner sind in Zukunft vom Erwerb von Rechten oder Berechtigungen an Grund und Boden grundsätzlich ausgeschlossen. Sie können solche Rechte oder Berechtigungen nur mit Genehmigung des Gouverneurs erwerben.

2. Einwohner sollen in Zukunft keine Tiere oder Großvieh grundsätzlich nicht mehr halten dürfen. Die Genehmigung zum Halten solcher Tiere muß durch den Gouverneur besonders erteilt werden.

3. Einwohner unterliegen der Pappflicht.

Den Einwohner wird damit das Eigentumsrecht auf den angestammten Grund und Boden abgesprochen, sie werden zu vaterlandlosen Gesellen gemacht, sie werden der Bewegungsfreiheit im Mutterlande beraubt, und alles das, damit die weissen Einwanderlinge um so bequemer sie ausplündern und in williges Arbeitsschaff verwandeln können.

Seinem Erzieher. Der Kaiser übertrug dem Württembergher Rat Vinckier zu seinem 80. Geburtstage mit einem eigenhändigem Glückwunschkarte seine Bronzefigur auf schwarzen Marmorsockel, die den Kaiser in Monarchenuniform darstellt.

Das Amt fängt mit Urlaub an. Die „Post“ schreibt: Der Rücktritt des Herrn v. Tschirschky ist zwar bereits vollzogene Tatsache, da aber sein Nachfolger, Herr v. Schön, vorerst noch einen Urlaub von 4 bis 6 Wochen zu absolvieren und sein neues Amt erst mit Beginn der Reichstagsverhandlungen anzutreten gesetzt, so wird Herr v. Tschirschky die Geschäfte des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes noch bis dahin weiterführen. Sonst weiß die Post noch vielerlei Einzelheiten von dem Ringkampf zwischen Tschirschky und seinem Geheimrat Holstein zu berichten, der mit der Niederlage Holsteins endigte.

Zu drei Wochen Gefängnis verurteilt wurde am Sonnabend von dem Schöffengericht Chemnitz der Redakteur des „Arbeiter- und Radfahrers“ wegen Beleidigung des Gemeinderats von Seifhennersdorf.

Wie nationalliberale Arbeiter aussehen. Die evangelischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften im Saarrevier, die Mitglieder der evangelischen Arbeiter- und Knappenvereine, sowie die nationalliberalen Mitglieder des deutsch-nationalen Handlungsgesellschaftsverbandes beschlossen unter Führung des Gewerkschaftsführers Schneider vom christlichen Bergarbeiter-Verband, drei Delegierte zum nächsten Parteitag der Nationalliberalen zu entsenden und dort zu beantragen, diejenigen Mitglieder aus der Partei anzugliedern, die das Realitätsrecht nicht akzeptieren und die gelben Gewerkschaften eintraten.

Das blieb sehr energisch. Und nun höre man, wie die Christenbrüder ihrer „Aktion“ zu Ende führen. Auf dem nationalliberalen Parteitag erhob sich am Schlus der Verhandlungen Erzähler Hamm, wies auf die angekündigte „Aktion nationalliberaler Arbeitnehmer des Saarreviers“ hin, und stellte die Frage, ob ein Antrag der angekündigten Art zum Parteitag eingelaufen sei. Generalsekretär Breithaupt antwortet: Ein solcher Antrag ist nicht eingegangen, auch mein Wissens die Genannten nicht beim Centralbüro anmeldet.

So endete die grobmächtig angekündigte Aktion der evangelischen Arbeiter des Saarreviers, die unter Führung eines christlichen Gewerkschaftsführers vor sich gehen sollte. Der Mut fehlt. Wenn's zum Klappen kommt, kneien sie.

Ostafrikanische Pressekammer als Kulturverbreiter. In dem Ullstein-Mate erzählt einer der journalistischen Ostafrikakammler, die Cernburg auf seiner Spritour begleiteten, daß auch er zur Verbreitung des Prügelkultus bereits beigezogen habe. Conrad Alberti hält der journalistische Kulturmaler. Er bestätigt sich darüber, daß die ihn begleitenden Träger, Leute von der Küste, beim Ersteilen des Gebürges furchtbart gejohnt hätten. Namenslich der Kärtäjäne von ihnen habe sich angezeigt, als ob er et unter der Last zusammenbreche. Er habe ihn aber der Behörde übergeben, die ihm 25 aufgezählt habe, und da sei es anderen Tages wunderhübsch gegangen!

Dieser Reisebrief zeigt, wie leicht ein Einwohner in Ostafrika zu Prügeln kommen kann! Jemand einem Landesfreunden Touristen rautet es nur einzuhören, seinen Träger der Faulheit zu beschuldigen, und dieser erhält prompt seine Fünfundzwanzig! Zugleich zieht der Vorfall, wie so oft selbst ein Vaterland so beiderdeins, ja demütiges Lebewesen, wie ein deutscher Journalist, sich in den Kolonien zum „Göttermenschen“ entwidelt!

Die wirkliche Landeslehrer über die Leistungen ostafrikanischer Träger urteilen, beweist der Reisebrief eines anderen journalstischen Taborburg-Trabanten, der im „Hamburger Korrespondenten“ wiedergegeben ist. Es heißt da:

Die Träger tragen 60—70 Pfund, ist ein Sak, den man in jedem Afrilager lesen kann, aber wer bei wohl schon mal darüber nachgedacht, was das eigentlich heißt und welchen enormen Aufwand von Kraft, Ausdauer und Energie das erfordert! Wer von allen Afrikolänen hat schon mal solche Last auch nur eine Tagesreise weit geschleppt! Ich habe es einmal getan im Jahre 1885, da trug ich eine Last von Käferzäpfen nach Koh, wenn ich mich recht erinnere, etwa fünf Marathunden. Ich war damals ein Riesenkerl an Kraft und Ausdauer, aber ich gestehe, daß ich schon nach den ersten drei Stunden mein Unterschenkel verkrampft und zähneknirschend meine Last weiter trug, nur weil ich vor meinen Leuten nicht lässig begeben wollte. Damals habe ich den Träger und seine unglaublichen Leistungen erst so recht schätzen gelernt, nochdem ich am eigenen Leibe erfahren hatte, wie es mit.

So urteilt ein alter Afrikoläner, der selb' einmal die Arbeit des Trägers probiert hat! Vielleicht nicht Herr Alberti auch einmal den Versuch und zwar in der Ewigkeit und in der Sonnenuntergang, die er ebenlogut gewöhnt ist, wie ein schwuler Träger das Vergesetzten!

Die Vermehrung der Silbermünzen. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die Regierung eine Erhöhung der Silbermünzen um 5 Mark pro Kopf der Bevölkerung, also um rund 310 Mill. Mark beabsichtige. Es wurde weiter ausgeführt, daß die Reichsbehörden dieses Projekt schon deshalb ins Auge gefaßt hätten, um den auf diesem Wege wankenden Währungsmittel von etwa 125 Mill. M. zur Behebung der drohenden Schwierigkeiten im Reichshandels-Kontanglage von 1978/09 heranzuziehen sowie, um damit einen Grundstock für eine Verbesserung der Betriebsmittel des Reiches zu gewinnen. Nach den Informationen des „B. L.“ wird eine Vermehrung der Silbercheidemünzen erfolgen und zwar in dem Umfang, der durch den Bedarf erforderlich gemacht wird. Das Reichsministerium hat an diesem Zweck ein Gutachten bei der Reichsbank eingeholt, und es kann als ausgeschlossen bezeichnet werden, daß die Silbermünzenquote um mehr als 2 Mark pro Kopf der Bevölkerung erhöht werden wird. Andernfalls ist der Umlauf an Silbercheidemünzen auf 15 Mark pro Kopf der Bevölkerung gefährlich fixiert. Diese Zahl ist zwar zurzeit noch nicht ganz erreicht.

Die Ausfahrt von Gleichsträmpfen bildet für die deutschen Arbeitstaaten ein ziemlich umfangreiches Geschäft. Wenn man erwägt, daß in den ersten 8 Monaten schon 1470 Doppelzentner Gleichsträmpfen ausgeführt wurden, von denen jeder mit etwa 6000 Mark zu bewerten ist, so ergibt sich ein Jahresumsatz von ca. 13 Millionen M. Für die ersten 8 Monate belief sich der Wert auf ca. 8,82 Millionen M., im August allein allerdings nur auf 24,000 M. Der Hauptabnehmer für deutsche Gleichsträmpfen ist Großbritannien; dann folgen in weitem Abstand die USA und weitere Großstädte.

Wieder ein Schützmann-Geges. In Wörth (Sachsen) riegt sich der Schützmann Schneider große Misschuldungen im Dienst an. Schuldlos kommen. In der Zwischenzeit ging er gegen einen Reichsdirektor mit blauer Waffe vor und verlor ihn am Kopf und Hals. Einen an den Schützmann, der ihm die Waffe entwendet wollte, drohte er zu erschöpfen. Schneider wurde sofort festgenommen und seines Amtes enthoben.

Das Ausnahmegesetz gegen die Polen regiert seitlich ausgegeben. Die „Rödin-Ztg.“ meldet aus Berlin zu dem neuen Vereinigungsgebot: das Gesetz werde Bestimmungen über den Bereich von Kreis und Provinz bei öffentlichen Verhandlungen enthalten: Es versteht sich von selbst, daß der private Verkehr dadurch in keiner Weise eingeschränkt werde. Es sei offenkundig, daß die betreffenden Bestimmungen auf Einschränkung der politischen Agitation gerichtet seien, die sich nicht nur in den Ostbezirken, sondern auch in Westdeutschland breitmache.

Ist das nicht aufsel Brode? In Danzig im Bett blieben die Polen ihre Muttersprache noch brennen! Weil da kein Schützmann seine Worte hinstellen kann. Aber öffentlich wird ihnen die Verhandlung in ihrer Sprache und damit zugleich in vielen Fällen jede Einwirkung auf ihre Landsleute unmöglich gemacht. Diese volkstümliche Maßnahme findet u. a. den vollen Beifall des regierungstreuen Breslauer Generalanwalts.

Nachlänge zum Peters-Prozeß. Die Beleidigungsprozeß des Reichsbeauftragten des Dr. Peters, Reichsaußenrats Dr. Wilhelm Rosenthal gegen den Redakteur Strauss von der Würzburger „Post“ und des Reichskommissars a. D. Dr. Karl Peters gegen Major v. Donat werden morgen vor dem Schöffengericht I in München zur Verhandlung kommen. Den Vorfall in beiden Sachen wird der Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Maher führen, der Vorsitzende des Ende Juni d. J. verhandelten großen Peters-Prozesses. Major v. Donat hat bisher einen Verteidiger nicht bestellt. Dr. Peters wird persönlich zu der Verhandlung erscheinen.

Schon wieder ein alter Soldat. Eine Persönlichkeit, die dem Wohlhaber Graf Wedel nahestehet, macht dem Mitarbeiter der „Fr. Fr. Fr.“ einige Mitteilungen über den neuen Statthalter von Elsass-Lothringen. Er sagt, Graf Wedel verläßt Wien sehr ungern, aber es ist alter Soldat folgt er dem Kriege und Pfeil des Reichs und Kaiser. Er freut sich der bedeutenden Aufgabe, die in Straßburg seiner harrt und wird durch tapferstiges Vorgehen zeigen, daß die Statthalterwahl in Elsass-Lothringen für ihn kein Aufgebot ist.

Siegkreis Gemeinderatswahl. In Niedersachsen die Wahl für den in der 2. Klasse gewählten Sozialdemokraten Karl des Bestätigung versagt wurde, statt. Die Erfolgswahl ergab die Wahl des Sozialdemokraten Ch. Lang mit 80 gegen 25 Stimmen.

In dem Verfahren wegen Bandenvertrags gegen Schwara befindet sich der mit der Bonnierzückung betraute Oberlandesgerichtsrat Dr. Hesse auf einer Rundreise nach Koblenz, Berlin und anderen Städten, um die in diese Angelegenheit verwickelten Personen oder Zeugen zu vernichten. Erst nach Abschluß dieser Reise wird Schwara zu einem längeren Verhör unterzogen werden. Er befindet sich noch im Kölner Untersuchungsgesessen.

Anland.

Die Angst vor dem 10. Oktober treibt die ungarischen Machthaber von einer Dummkopf zur anderen. Der Oberstadtkaufmann von Budapest hat die Anmeldung des Zuges nun, da die Richtung geändert wurde, zur Kenntnis genommen. Jedoch hat er seinem Ärger in einer Verordnung Lust gemacht, in der es heißt: „Das Misshören roter Fahnen ist verboten. Verleidende Rufe gegen die Mitglieder der Regierung, gegen öffentliche Institutionen oder gegen Klassen der Gesellschaft haben zu unterbleiben, widrigfalls der Zug, gleichviel, ob die Personen, die diese Rufe ausbringen, erlitten werden können oder nicht, mit Wachiallage aufgestellt aufzugehen wird.“ Dieser freche Erlass scheint darauf abzuziehen, die Arbeiter zu provozieren. Die Demonstration wird aber trotz aller großartig ausfallen. Es werden nicht nur alle Fabriken und gewerblichen Betriebe die Arbeit einstellen, sondern voraussichtlich werden auch außerordentlich viele Geschäfte gesperrt halten, sowie alle Kassehäuser und Restaurants. Auch die Künster der städtischen Nachrichtenlokalen werden freilassen und die Vergnügungslokale werden geschlossen bleiben.

Der „Schlesischen Bettung“ bereitet das ziemliche Unbehagen. Erschrocken über die Wucht der Bewegung zählt sie das voraussichtliche Ergebnis folgendermaßen auf:

„Es wird am ganzen Tage keine einzige Zeitung erscheinen; es wird den ganzen Tag nicht ein einziges Gasthaus oder Cafè offen sein; es werden sämtliche Geschäfts-laden, Markthallen und Lebensmittelhandlungen geschlossen bleiben; es wird keine elektrische Tramway verkehren und vielleicht auch kein Eisenbahnzug in ganz Ungarn; es wird ferner kein Brief- und Telegraphenboten an diesem Tage seine Arbeit verrichten, und die Straßenlampen werden ständig wahrscheinlich von Soldaten angezündet werden müssen.“

Wie die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, hat der Präsident des Abgeordnetenhauses, Justh, erklärt, daß er die vierziggliedrige Deputation der Arbeiter heute um 11 Uhr empfangen werde.

Bereits gestern war die ganze Umgebung der „Nepzsava“ („Volksstimme“) von einem großen Polizeiaufgebot bewacht. Die Regierung lädt im ganzen Lande Hunderttausende von Flugblättern verbreiten, wovon sie im Namen der „nationalen Arbeiterschaft“ die Arbeiter auffordert, am 10. Oktober zu arbeiten. Die Flugblätter werden von den Arbeitern überall mit Geschick aufgenommen.

Die Werkstättenarbeiter der Eisenbahnen haben beschlossen, mit Rücksicht darauf, daß Minister Rossuth gern einen Anlaß findet, um ihren Verband aufzulösen, in den Werkstätten zu bleiben, jedoch ihren vollen Gehalt für den Wohlfonds herzugeben und die Eisenbahner, die wegen ihrer Beteiligung an der Demonstration gemäßregelt werden sollten, zu unterstützen. Sollte jedoch das allgemeine Wahlrecht nicht bald Gesetz werden, so sind sie bereit, auf das Signal der Partei sofort die Arbeit einzustellen.

Bisher haben in mehr als hundert fünfzig Städten die Arbeiter beschlossen, am heutigen Donnerstag zu feiern. In Arad, Temesvar, Szegedin, Kronstadt, Timișoara, Daressy, Raab, Klausenburg, Großwardein, Pressburg und Kaschau finden Umzüge statt.

Am Sonntag wurden mehr als siebzig Versammlungen verboten mit der Begründung, daß über den politischen Massenstreik nicht gesprochen werden dürfe, weil der Nationaltag vom 6. Oktober (die Feier des Todes der Arader Märtyrer) durch die Versammlung gefeiert würde! In fünf Städten wurden Maßnahmen verboten.

Die Verantwortung für die Folgen dieser Verbote trifft die in ihrer Angst bestimmtlos gewordene Regierung. Die Macht und Größe der Arbeiterbewegung, die sich an solch gewaltige Belastungsproben heranträgt, wird durch steinige Schläge oder brutale Gewalt nicht einschrankt. Im Gegensatz dazu ist

Die ungarische Regierung hat nichts unversucht gelassen, die Schmach dieses Schauspiels abzuwenden. Alle Mittel der Demagogie, der Korruption, der Abschreckung werden angewendet, die Bewegung zu hemmen, alle Mittel der Polizei noch zuletzt angespannt, um den Ansturm der Arbeiter abzuwehren. Über das Verbot von siebzig Versammlungen unter dem albernen, eisernen Vorwand, die revolutionäre Tat der Arbeiter würde die nationale Gedächtnissfeier der Arbeiter Revolutionsmärtyren verunreinzen, hat so wenig den Gang der Dinge aufgehalten, als die Wucht des Angriffs geschwächt werden wird durch die unverschämten und brutalen Drohungen, mit denen die Regierung die Demonstration am heutigen Donnerstag einengen und begrenzen will. Wenn sie das Tragen roter Fahnen verbietet, wenn sie jeden Ruf, der sich gegen die staatlichen Behörden und die „Nation“ lehrt, mit gewalttätigen Übertäufen auf die demonstrierenden Massen beantworten will, so wäre die Nohheit dieser Nullbildung schrecklich, verbürgte sich hinter den rüden Großmäusigkeiten nicht vielmehr die Angst. Aus den Kämpfen, die mit der Demonstration des 10. Oktober anheben, gibt es für die ungarische Bevölkerung nur einen Ausweg: Wahlreform des gleichen und allgemeinen Rechtes, und sie wird den ungarischen Arbeitern werden, was auch sei und was geschehe.

„Ein Schäfer noch in Todesnot“ ist der ungarische Minister des Innern Graf Andrássy. Er hat einem Mitarbeiter des „Magyar Hírlap“ erklärt, er beabsichtige noch in diesem Jahre eine Gesetzesvorlage über das allgemeine Stimmrecht im Abgeordnetenhaus einzubringen. Es sei überflüssig, die Regierung an die Wahlreform zu mahnen, da sie stets (1) die übernommene Verpflichtung sich vor Augen gehalten habe. Die ihr morgen beabsichtigte Kundgebung der sozialistischen Arbeiter reine offene Türen für, da die Einführung des allgemeinen Stimmrechts unmittelbar bevorstehe. Hoffentlich werde daher vor morgige Tag ohne Streit der Ordnung und ohne Aufruhr verlaufen.

Es ist jetzt auf einmal? Und just zu der Zeit, da ihm die Pistole auf der Brust sitzt? Weshalb hat das der Spähmacher nicht gesagt, bevor die Arbeiter zum Massenstreik gerieten? Bildet er sich ein, dass ihm jemand glaubt? Oder dass die Arbeiter heute infolge seiner glücklichen Verhöhung nicht auf die Straße ziehen?

kleine Auslandsnachrichten.

Es hat sich, so wird uns aus dem Haag geschrieben, als unmöglich herausgestellt, den 12. Oktober als Schlusstermin für die Friedenskonferenz zu handhaben und am 15. das Schlusprotokoll zu fassen. Die letzte Plenarsitzung ist auf den 19. festgesetzt worden und mit der Unterschrift des Schlusprotokolls am nächsten Tage werden die Arbeiten der Friedenskonferenz erst dann ihr Ende erreicht haben. — Kabarettist Clemencic hat eine längere Unterredung mit dem Vorsitzenden des Budgetausschusses über die finanzielle Lage Frankreichs. Die Regierung sieht sich genötigt, auf herabentliche Kredite im Betrage von rund 16 Millionen zu bedenken, welche für Eisenbahnen und andere Zwecke bewilligt wurden. — Zwei Frauen sind jetzt wegen Aufreizung gegen den ungarischen Staat angeklagt. Die Gattin des ungarischen Reichstagsabgeordneten Dr. Karel Blad sowie die Mutter des genannten Abgeordneten wurden wegen Aufreizung gegen den Staat, begangen durch eine „Demonstration“ während einer Schulfeier, von der Staatsanwaltschaft in Deva angeklagt. Nunmehr hat der Gerichtshof in Deva der Anklage gegen die beiden Frauen Folge gegeben! Die unaufhörlich anreizenden Koalitions-Magnaten bezeichnen jede Kritik ihrer Schandtaten als „Aufreizung“.

Partei-Angelegenheiten.

Die Unterstützung eines sächsischen Nationalliberalen von der ersten Parteiflans gebilligt. In der am 7. Oktober stattfindenden Sitzung der vier Bezirks-Agitationssomitee mit dem Zentralkomitee für Sachsen wurde in Bezug auf die Vorgänge im 1. Landtagswahlkreis folgende Resolution angenommen: „Die Mitglieder des Komitees stellen sich nach eingehender Beurteilung über die Sache auf den Standpunkt, dass unter Berücksichtigung aller in Betracht kommenden Umstände das Eintritt der sozialdemokratischen Wahl Männer im 1. Landtagswahlkreis für den national liberalen Kandidaten im Einklang steht mit dem fraglichen Landtagswahlbeschluss der Landesversammlungen der sozialdemokratischen Partei Sachsen im Jahre 1897 und 1907. Die Vorwürfe gegen diese sozialdemokratischen Wahl Männer sind daher zu Unrecht erhoben worden.“

Besonders ungerechtfertigt ist es, wenn diesen Genossen unterstellt wurde, sie hätten durch ihr Verhalten einen Parteidat verborgerufen, disziplinlos gehandelt, der Partei eine Blamage bereitet, die Parteischlüsse nicht beachtet, eine lächerliche Kombination gespielt usw. Es ist im Parteinteresse dringend zu wünschen, dass in Zukunft nicht mehr in dieser Weise verfahren wird.“

Der erste Absatz dieser Resolution wurde mit 10 gegen 5 Stimmen, der zweite Absatz mit 11 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmabstimmung angenommen.

Dresden, 8. Oktober 1907.

Das Zentralkomitee für Sachsen.

J. A.: Karl Siedermann.

Der zweite Absatz der Resolution richtet sich gegen die „Leipziger Zeitung“, die auch diese Angelegenheit wieder zu einer archaischen Streitsache aufgebaut hatte, in der man die Genossen mit den erbötesten Ausdrücken beitleben musste. Wenn sie jetzt von den Instanzen des eigenen Landes nach Verdienst gerüsstet wird, bleibt das höchstlich nicht ohne gute Wirkungen auf die gegenwärtig eingeleitete allernächsteste Aktion gegen Genossen Rosse.

Von einer Amerikareise des Genossen Bebel, die im kommenden Frühjahr stattfinden soll, wird wieder einmal in der bürgerlichen Presse berichtet, diesmal auf Grund einer Notiz in der Pariser „Humanité“. Offenbar handelt es sich um die Wiederholung einer in amerikanischen Blättern schon öfter aufgetauchten Sensationsmeldung, die bisher keinen realen Hintergrund hatte.

Arbeiterbewegung.

Den Neunstundentag fordern die Berliner Goldarbeiter und Juweliere. Die Unternehmer weigern sich und drohen mit der Aussperrung, die in diesen Tagen erfolgen soll.

Eine einflussreiche Dienstbotenorganisation. Auf Klage der Dienstmädchen-Union ist in Pilsen ein männlicher Hausarbeiter von einem Richter an einer ungünstiger Strafarbeit verurteilt worden, aus keinem anderen Grunde, als weil er Dienstmädchenarbeit verrichtet hatte.

Die organisierten Polizisten der Schweiz haben auf einer in Luzern abgehaltenen Delegiertenversammlung die Gründung eines Polizisterverbandes für die ganze Schweiz beschlossen und blieb als Vorort bestimmt.

Die ausgesperrten 1350 Metallarbeiter in Zürich haben nach 2½ wöchiger Betriebsentziehung am Freitag Mittag die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen die Direktion die Befriedung gegeben, dass Arbeiter als Streikbrecher nicht mehr beschäftigt werden, dass Arbeiter nun mehr Klempnermeister und Maßregelungen nicht vorgenommen werden. Auf die Forderung der Sozialgruppe ist 2½ Tage trat die Direktion nicht ein, wahrscheinlich wird die Frage dem Gewerbeamt zur Entscheidung vorenthalten werden.

Ein Kampf um die Organisation. Die Bergarbeiter von Staffordshire, Worcestershire und Shropshire beschlossen, am 2. November zu streiken, wenn die Minenverbande nicht ihren Verbündeten beitreten. An dem Streik würden 80,000 Kohlenarbeiter teilnehmen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 10. Oktober.

Der Oktober-Zahlabend des Sozialdemokratischen Vereins Breslau findet Montag, den 14. Oktober, Abends 8 Uhr in den Beitragslokalen statt. Wir richten an alle Mitglieder die dringende Aufforderung, am Zahlabend teilzunehmen. Es handelt sich bei diesen Zusammenkünften weniger um das Abspielen der Beiträge, als um die gegenseitige Auflklärung und Fortbildung, die in ihnen betrieben werden soll. Insbesondere die älteren Genossen mit reichen Erfahrungen und Kenntnissen und die Gewerkschaftsbeamten und -Führer sollten ihre Kraft immer in den Dienst der Partei stellen, wenn es ihnen möglich ist. Nur dann, wenn sich Partei und Gewerkschaften gegenseitig unterstützen, werden ihre Organisationen weitere Fortschritte machen.

Parteigenossen und Gewerkschaften! Große Aufgaben stehen uns bevor. Wir können sie nur mit überzeugten, kampfes- und opferfreudigen Anhängern erfüllen. Kommt darum in die Zahlabende. Dort muss vorher die Auflklärung und Schulung der Genossen besorgt werden. Sei jeder auf dem Posten und helfe nach seinen Kräften.

Zur Lohnbewegung in der Knabenkonfektion.

Als im vorigen Frühjahr in der Herrenkonfektion ein Tarif zum Abschluss gekommen war, wurde auch ein Tarif für die Knabenkonfektion eingereicht. Bei der Ausarbeitung dieses Tarifs hatten der Deutsche Schneiderverband, der Reichs-Dörfersche Gewerbeverein, der christliche Schneiderverband und der christliche Verband der Heimarbeiterrinnen gemeinsam zusammengetragen. Es herrschte also völlige Einigkeit unter den leider so zahlreichen und sonst so verschiedenen Organisationen, denen sich die Arbeiterrinnen der Knabenkonfektion zusammengetragen haben. Die Unternehmer erklärten damals, dass nicht mehr die rechte Zeit zu Verhandlungen in dieser Branche sei und bat, man möge den Tarif zum Herbst einreichen. Jetzt ist der Herbst gekommen, aber nun wollen die Unternehmer am liebsten von einem Tarif gar nichts wissen. Gestern Abend stand deshalb im Saale der Scala eine öffentliche Versammlung statt, die von den vier beteiligten Organisationen gemeinsam einberufen war. Frühdienstag, 7. Oktober, versammelten Gewerbeverein der Heimarbeiterrinnen referierte über die Brände in dieser Branche. Wir haben aus dem Referat hervor, dass für 45 bis 50 Pfennige ein ganger gefütterter Jungenanzug, für 55 Pfennige ein sogenannter Jägeranzug und für 30 bis 35 Pfennige ein zweireihiger ungefütterter Anzug gemacht werden muss. Vereinzelt finden allerdings auch heute schon für den Anzug 20 bis 30 Pfennige mehr, was soviel beweist, als die anderen die gleichen Preise zahlen müssen.

Kollege Müller vom deutschen Schneiderverband berichtete hierauf über den Stand der Bewegung. Von den Unternehmern ist ein Schreiben eingelaufen, nach dem diese eine Sitzung nicht anstreuen können, weil sie sich zum größten Teil auf Westen befinden. Ein Tarif lasse sich in dieser Branche garnicht oder nur schwer einführen, die Unternehmer wollen vielmehr, wie immer, wenn es sich um Einführung von Lohntarifen handelt, „nach den Leistungen“ bezahlen. Weiter wollen sie nicht früher in Verhandlungen treten, bis alle Unternehmer organisiert sind, weil verschiedene Konfessionäre, die außerhalb der Organisation stehen, noch nicht nach dem im vorigen Frühjahr abgeschlossenen Tarif für die Herrenkonfektion zahlen.

Es entwickelte sich eine lange Diskussion, in der lebhaft über das herrschende Elend in dieser Branche gestritten wurde. Den Unternehmern wurde der Vorwurf gemacht, dass sie, wie gewöhnlich, so auch hier die Taktik der Verschiebung gegenüber den fordern Arbeiter anwenden. Gulekt wurde folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung spricht ihre Missbilligung aus über das Verhalten des Arbeitgeberverbandes in der Konfektion.

Die Mitglieder erwarten ersinn, dass die Herren Arbeitgeber ihr Wort halten und mit den Gewerkschaften der Arbeitnehmer betreffend die Festlegung eines Lohntarifs für die Breslauer Knabenkonfektion verhandeln würden.

Ferner kann die Versammlung den Standpunkt des Fabrikanten-Verbandes nicht verstehen, dass die Löne der Heimarbeiter und der Heimarbeiterrinnen weiter Hungerlöbe erhalten sollen, nur wegen der vielen Ansprüchen einzelner Arbeitgeber, die die Lohnarbeiter in der Herrenkonfektion am 1. April nicht zur Einführung kommen lassen.

Die Arbeitnehmer sind der Ansicht, auch in einer Zeit verhandeln zu können, in der ein paar Reisende auf der Tour sind und erwarten, dass alsbald auch in ihrer Branche Remedium geschafft werde.“

* Reichsbeamte des Reichsamts des Innern aus Berlin haben sich soeben zum Besuch der Bauarbeitertribunal-Ausstellung angemeldet.

* Wegen Abdruks einer Anklageschrift vor beendetem Verfahren wurden die verantwortlichen Redakteure der „Breslauer Zeitung“ und des „Breslauer General-Anzeigers“, Gottschall bzw. Grothius, je zu 5 Mr. Geldstrafe verurteilt, der Verantwortliche der „Breslauer Morgenzeitung“ dagegen wurde von der gleichen Anklage freigesprochen. Es handelt sich um die Anklage gegen den Kaufmann Delahom wegen angeblichen Vergehens gegen die Sittlichkeit begangen durch Schauspiel von Künstlerpostkarten. Die Verhandlung gegen unseren Verantwortlichen, Genossen Wolff, findet nächste Woche statt.

* Eine Operetteneinführung bringt die nächste Volkssitzung des Sozialdemokratischen Vereins. Sie findet Sonntag, den 20. Oktober, Nachmittags, im Thalia-Theater statt, und zwar gelang Johann Strauß' graziöse und melodienreiche „Fledermaus“ zur Aufführung. Es steht aber diesmal den Besuchern unserer Volkssitzungen ein besonderer Genuss in Aussicht, zumal die Befreiung dieselbe ist, wie sonst bei den regulären Aufführungen im Löbe-Theater. Die Preise der Blöcke sind wie folgt festgesetzt: 1. Rang 1 Mr., Parkett 75 Pf., Ballon und Sperrstüb 60 Pf., Seitenbalcon 50 Pf., 2. Rang 40 Pf., 3. Rang 25 Pf. und Galerie 15 Pf. Die Ausgabe der Billets erfolgt Sonnabend, den 12. d. M., Abends von 7—8 Uhr, in der Expedition der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 5/6, Hof 3. Etage.

* Zur Ermittlung eines Brandstifters. Am 18. September d. J. ist von einem ca. 68 Jahre alten Manne von mittlerer Größe, mit kurzem Bart, ausgestrahltem Kinn, blauer Kästchenbluse und graubraunem Jackett auf der Schlesischen Straße eine Brandstiftung verübt worden. Er benutzte dabei einen weichen, wolligen Schuhelappan, 85 Centimeter lang, 51 Centimeter breit und von sehr schwulen Kanäle 10 Centimeter entfernt mit einem roten Querstreifen versehen, ferner 2 Tasche la Tafelputzer Nr. 4 aus dem Ber. Köln-Rostocker Fabrikarbeiter in Köln. Die genannten Personen

bei welchen die vorbereiteten Gegenstände gefunden wurden sind werden eracht, ihre Adressen im Zimmer 61 des Polizei-Präsidiums anzugeben.

* Zur Reckognosierung. Am 7. d. M. verstarb auf bei Striegauer Chaussee ein 40 bis 45 Jahre alter Mann infolge eines halblangen Stiefels und schwarem weichen Hut bestoßen. Angaben zu seiner Reckognosierung sind im Zimmer 61 des Polizei-Präsidiums zu machen.

* Die Bleibstühle. Aus einer Wohnung auf der Neuen Schwedterstraße wurde ein großer Webstuhl mit zwei Bildern gestohlen. — Einem Restaurant auf der Nikolaistraße wurden 20 Grammphonoplatten im Wert von 80 Mr. gestohlen. — Einem auf der Namens Alfred Kroh, ein Kästchen und eine Flasche Baubalsam gestohlen.

* Gefunden wurden: ein schwarzer Damenschal, eine rotbraune Wiedecke, ein Palet mit Kleidungsstück, ein Trenztag, ein Paar braune Handschuhe, eine Voranze und ein Damenschal. — Abhanden kamen: ein Provinzialstiel, ein goldenes Kettenarmband, ges. D. A., ein dunkelgrünes Handtäschchen und ein Steinenschmuck.

Neueste Nachrichten.

Der Kampf ist im Gange.

Budapest, 10. Oktober. (S. T.-B.) Die Geschäfte wurden gestern Abend 1. etrs um 7 Uhr geschlossen. Die Gasthäuser und Kaffeehäuser sind in der Mehrzahl geschlossen. Polizei und Militär haben umfassende Vorkehrungen getroffen. Aus allen Provinzstädten werden ebenfalls die umfassendsten Vorkehrungen gemeldet. (Mehreres unter „Ausland“.)

Zimmer noch munter — trotz 5000 Mann.

Kapstadt, 9. Oktober. Wie die Kapo-police berichtet, befindet sich Simon & Koppe mit einer Bande, die 500 Mann zählt und geblieben ist, in der Nähe von Houtart. — Diese Wilden haben doch vor der deutschen Wiederau nicht ein bisschen Rücksicht.

Die Deutschen in Marokko.

Paris, 10. Oktober. (S. T.-B.) Nach einer Meldung aus Casablanca hat die deutsche Regierung einen aus dem deutschen Kontinent drei bekannte deutschen Kaufleute bestehenden Ausschuss ernannt, der die Aufgabe hat, die vorläufige Entschädigung zu verteilen. Dieser Entschluss der deutschen Regierung hat in französischen Handelsstädten eine große Aufregung hervorgerufen. Die französischen Kaufleute beabsichtigen, einen Verband zur Wahrung ihrer Handelsinteressen zu gründen.

Die Katholische Kirche fühlt sich wohl.

München, 10. Oktober. (S. T.-B.) Der Bischof von Augsburg, Dr. Seitz, hielt in Eisbach im bayrischen Wald an dem versammelten Clerus eine Ansprache, wobei er, wie die „Münchner Illus. Bl.“ erfuhr, erklärte, er werde jeden Versuch der Kanzel, der Schule und der Presse zu politischen Zwecken mit Strafverfolgung ahnden. In Deutschland, speziell in Bayern, sei die Regierung in so guten Händen, dass keine Gefahr für die katholische Kirche, ja für die Religion überhaupt, bestehe.

Bromberg, 10. Oktober. Polnisches. Der Brobst Kolawski aus Goscieszyn wurde wegen Aufrüttung zum Schulstrich zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Frankfurt a. M., 10. Oktober. (S. T.-B.) Der „Hs. Bl.“ wird aus Berlin gemeldet: Im Zusammenhang mit dem Rücktritt des Fürsten Hohenlohe von der Stadtholzerei in Elsass und der Ernennung des Großen Wedell an seinen Nachfolger tauchen in politischen Kreisen Gerüchte auf, dass Staatssekretär Möller zurücktreten will und ein hoher Beamter in Straßburg sein Nachfolger sein soll. Diese Gerüchte sind ohne Begründung.

Essen a. R., 10. Oktober. (S. T.-B.) Der Gerichtsvollzieher Spruner, der vorstrebende in Beide als Gerichtsvollzieher tätig war, ist nach Unterschlagung von 6000 Mr. artstiftig gegangen.

Vereins-Kalender.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 10. Oktober.

Tapezierer-Verband. Mitgliederversammlung. Zimmer 2.

Sonnabend, den 12. Oktober.

Buchbinder. Abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Menkisch. Zimmer 2.

Handschuhmacher. Abends 8½ Uhr: Versammlung. Vortrag. Zimmer 2.

Sonnabend: Sonnabend: Zahlabend.

Witterungen der Distrikts- und Bezirksföhre des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 11 (Sand-Worstadt, östlich).

Kreis, den 11. Oktober: Besichtigung der Bauarbeitschuh-Ausstellung. Treffpunkt Abends 8 Uhr auf dem Zwingerplatz.

Distrikt 14 (Oslauer Tor).

Donnerstag, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft der Bezirksföhre und Stellvertreter. Besprechung über die Neuordnung des Distrikts, Ausgabe der Karten zum Vortagsabend und Auszahlung der Abonnements-Entschädigung. Die Genossen werden eracht, vollständig zu erscheinen.

Land-Distrikt 1.

Bezirk Rosenthal. Sonntag, den 13. Oktober, Vormittags 9½: Anfammlung und Neuwahl des Bezirksföhre.

Bezirk Osowiz. Sonntag, den 13. Oktober, Vormittags von 8—10 Uhr: Abstimmung.

Land-Distrikt 2 (Bezirk 1, Klein-Gaudau u. Schmiedefeld).

Sonntag, den 13. Oktober, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft und Abstimmung bei Siebel in Schmiedefeld.

Land-Distrikt 3 (Bezirk Gr.-Mochbern).

Sonntag, den 13. Oktober

Personenlungen und Vereine.

* Holzarbeiterverband. In der Breslauer Holzbelebungs-fabrik von Curt Seifert, Tannhäuserstraße 111 sind wegen Vertragsbruch der Firma Differenzen ausgebrochen und ist diese infolgedessen für Maschinenarbeiter und Tischler gesperrt. Arbeitet kein Tischler an den Maschinen!

Die Polizei verordnet.

* Achtung, Maurer! Heute Abend 8 Uhr Versammlung im „Königgründ“. Wichtige Tagesordnung; alle erscheinen.

Briefkästen.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags von 12—1 Uhr Mittags.

B. S., B. Wenden Sie sich an den Minister des Innern in Berlin. Aufschub kann gewährt werden.

G. R. Da Sie zwei Jahre am Döre wohnen, müssen Sie von der Gemeinde im Falle der Not unterstützt werden.

B. 10. Das Kind kann auch von einem anderen als dem Impfärzte geimpft werden.

B. Ohlan. Verwaltung des Reichsinvalidenfonds in Berlin W., Voßstraße 4.

19. 1. Breslau. Sie können nicht gewungen werden, zur neuen Versicherungsgesellschaft überzutreten.

Breslauer Marktbericht.

Breslau, 9. Oktober 1907.	Feststellungen				
	der städtischen Markt-Motterungs-Kommission pro 100 Kilogramm				
Weizen, weißer	gute	mittlere	gering	Sehr	
Weizen, weißer	29.40	22.80	22.70	21.80	21.70
Weizen, gelber	29.90	22.70	22.80	21.70	21.60
Mais	20.80	19.70	19.80	19.20	19.10
Bräunernte	18.50	18.	17.90	17.50	—
Gerste	15.80	15.10	15.	14.70	14.60
Hafel	16.60	16.10	16.	15.50	14.60
Victoria-Erbsen	23.50	22.50	21.50	20.50	19.50
Erbsen	20.	19.50	18.80	17.80	16.50
Winterroh	31.60	—	29.60	—	27.80
Heu pro 50 Kilo	3.50	bis	3.80	3.80	3.80
Stroh pro Schot	33.—	bis	35.—	35.—	35.—

Breslauer Weihmarkt. Weiß bish. pro 100 Kilogr. inll. Eack Brutto
Weizenmehl 00, fest, 31.50 bis 32.50 M. Roggenmehl 00, fest, 29.— bis 29.50 M.
Roggen-Gütermehl, fest, 13.— bis 14.— bis 15.— M. Weizen-
Teile fest, 11.— bis 12.— bis 13.— M.

Vieh.
Wöchlicher Bericht des Breslauer Schlachtmarktes.
Hauptmarkt am 9. Oktober. Der Auftrieb betrug: 911 Rinder
2238 Schweine, 834 Lämmer, 162 Schafe. Hierzu vom leichten Markt überstand:
85 Rinder, 15 Schweine, — Lämmer, 125 Schafe. — Es wurden gezahlt für
50 Kilogramm etw. Steuer.

Lebende Schlacht-
getiere: Rinder: 38—40
Schweine: 35—37
Lämmer: 54—68
Schafe: 45—46
Geflügel: 42—44
Geflügel: 49—57
Ausländische Schweine (unter Angabe der Herkunft): 618 41
Export nach Oberösterreich: 398 Rinder, 475 Schweine, 30 Lämmer, 11 Schafe
nach West- und Niederschlesien: 398 Rinder, 97 Schweine, — Lämmer, 60 Schafe
nach Sachsen: 21 Rinder, 72 Schweine, — Schafe, nach Westdeutschland:
Rinder, — Schweine. Ueberlauf nach anderen Plätzen: — Rinder, — Schweine
Ueberstand verbleibt: 24 Rinder, 20 Schweine, — Lämmer, 36 Schafe. — Ob-
schon Gang gut, in Rindern langsam. Speckschweine, zumeist norddeutschen Ur-
sprungs, brachten bis 50 M.

Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wolff. — Redaktion und Expedition: Neue
Graupenstraße 5/6. — Verlag von Gustav Schick. — Druck von Th. Schmitz
G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Am 18. d. Mts. verschied unser wortes Vereinsmitglied
Herr Heinrich Ludwig.

Sein Andenken wird in Ehren halten

Der Lotterie-Verein
„Gemütlichkeit“.

4966

Stadt-Theater.

Donnerstag:

„Tannhäuser“.

Freitag:

„Die Nibelungen“.

Samstag:

„Der gehörte Siegfried“.

„Siegfrieds Tod“.

Sonntags:

Gastspiel Sigrid Arnoldson.

„La femme“.

Den Abenden stehen ihre Plätze
gegen Nachzahlung der Preissätze bis
heute 2 Uhr reserviert.

Lobe-Theater.

Donnerstag:

„Husarenfeier“.

Freitag:

„Frauenherz“.

Samstag, um 1. Maler:

„Der heimliche König“.

Volksvorstellungen im Thalia-Theater.

Sonntags, Gruppe B, 5. Vorstellung:

„Athenbrödel“.

Schauspielhaus

Donnerstag, 8 Uhr:

„Brüderchen“.

Freitag, 8 Uhr:

„Brüderchen“.

Liebichs

Etablissement.

Gänzlich neues Programm

11 Schlager 11.

Anfang 7½ Uhr.

Cabaret Folies Bergère

(Palast-Restaurant.)

4905 Nur

erstklassige Künstler.

Täglich 9—1 Uhr.

Aufzettung: Bigrunner Kapelle.

Gelegenheitskauf billiger Möbel,

eine Stunde wie auch ganze Aus-
stattungen in Küchen und im Küchen-
Möbel, neu und gebraucht, mit zu best.
Carlstraße 43 II.

1 geb. Tischausstellung
Nähmaschine für 27 Mark bei
Bosenfeld, Seemarkt Nr. 1 [4825]

50 Gaskronen, Ampeln, 50

Speisezimmerkronen, Zuglampen,
Lyren etc., sämtliche
und Haushaltungs-Artikel

kaufen Sie, wie bekannt, am besten und billigsten bei

Robert Kornmann, Haus- und Xüscherumagazin
50 Friedrich-Wilhelmstr. 50.
Grösste Auswahl! Niedrigste Preise!

Arbeit und Erziehung

die wichtigste Zeitschrift der Welt.

Preis 50 Pf.

Zu haben in der Expedition der „Volkswacht“.

Mirkann Keiner



Riddlemaier für halbe Jahr gejährt
Fischerstraße 8. 4967

C. Wiener's Herings-Handlung

Fischerstraße 20. Ecke Friedr. Fischer.

ausreich. 4963

feinste neue Schotten-Heringe
a Mandel v. 40 Pf. an,
Räucherheringe, Dorsche, Bücklinge,
Sprotten etc. täglich frisch.

Saure Gurke Sonderart Rd. 5 Pf.

Möbel Spiegel.

Polsterwaren

in eigener Werkstatt von mir besten
Materialien gefertigt. 95

Kein Abzahlungsgeschäft

gewährt aber gern Zahlung.

Preise enorm billig.

Blättergarnitur 100 M.

Salontisch 18 .

Frühstückstisch mit Nussbaumfuß 60 .

Schrank 60 .

Bettstoß 45 .

Esstisch mit Schranken und
Wandschrank 35 .

Dinner in gutem Stoff 36 .

Bettwäsche mit Blumen 38 .

Robethal mit hoher Lehne 4 .

Geppidie, Loufer, Uhren

und sonst. ausstattungsmässig nur bei

F. Pauer, Sandstr. 5.



Die allgemein anerkannte Tatsache, dass

JASMATZI

CIGARETTEN

die populärsten türkischen Cigaretten
sind, beruht nicht auf ihrem Preis, sondern
lediglich auf ihrer vorzüglichen Qualität.

Jasmatzi-Poli	1 Pf.
Jasmatzi-Lucca	1 .
Jasmatzi-Uncas	2 .
Jasmatzi-Rillian	3 .
Jasmatzi-Ramses	3 .
Jasmatzi-Pleo	4—25 .

Georg A. Jasmatzi A.-G. Dresden.
Grösste Deutsche Cigarettenfabrik.

Beilage zu Nr. 238 der „Volksnachf.“

Freitag, den 11. Oktober 1907.

Der Hochverratsprozeß gegen den Genossen Liebknecht.

Leipzig, den 9. Oktober.

(Telegraphischer Bericht)

Das sonst so ruhe Reichstagsgebäude hat mit Macht auf den ausschreitenden Prozeß, der heute in seinen Räumen tagt, seinen Charakter völlig verändert. Vor den vier Toren des Gebäudes hielt starke Schutzmannschaft Wache. Im Gebäude herrschte auf allen Gängen und Treppen lebhafte Bewegung. Eine ungeheuer große Menschenmenge drängte sich zum Sitzungssaal, aber am Eingang des Saales selbst wurde strenge Kontrolle gehabt. Die Karten waren bereits seit mehreren Tagen vergessen, und nur die Inhaber dieser Karten fanden Zutritt. Gleichwohl war der weite Bücheraum des Sitzungssaals im Moment bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch die reservierten Logen, die im Hintergrunde des in buntem Braun gehaltenen Saales aufsteckten, waren von den Inhabern der privilegierten Karten, Reichsgerichtsräten und ihren Familien, tausend vollständig besetzt. Im Bücherraum bemerkte man den Reichstagsabgeordneten Genossen Stadthagen, den österreichischen Reichstagsabg. Freundlich und eine Reihe anderer Parlamentarier. Mit den drei Verteidigern des Angeklagten, Dr. Hertz (Leipzig), H.-A. Hugo Haase (Königsberg) und Dr. Kurt Rosenberger (Berlin) erscheint der einzige von der Verleidigung geladene Zeuge,

Genosse Bebel.

Kurz darauf treten die Richter des vereinigten 2. u. 3. Strafensatzes in ihren feierlichen roten Talarern und roten Barets in den Sitzungssaal. Der Präsident Dr. Trepelin eröffnet die Verhandlung und lädt den Angeklagten Dr. Liebknecht in den Sitzungssaal rufen und auf der Anklagebank Platz nehmen. Er bittet sodann, den Raum zwischen der Schranke und dem Richterbüro ^{zu} für die Zeugen zu freihalten und weist auch den Verteidiger Bebel, der dort Platz genommen hat, auf die Tore hin. Der andere, nach dem Liebknechtischen Prozeß für heute angelegte Termin, in dem es sich um die Einziehung verschiedener politischer Schriften wegen Vorberufung zum Hochverrat handelt, wird vorläufig abgesetzt, da der Liebknechtische Prozeß voraussichtlich längere Zeitdauer beanspruchen wird. Die Verhandlung selbst beginnt mit der Verleidung des Götzungsbeschlusses.

Darauf beginnt das

Verhör des Angeklagten.

Liebknecht gibt seine Personalien folgendermaßen an: Er ist geboren am 13. August 1871 zu Leipzig als Sohn des verstorbenen Wilhelm Liebknecht und dessen Ehefrau Natalie, geborenen Neh, verheiratet, Vater von drei Kindern, Ehemann, ist Cellist gewesen, Inhaber der Landwehr-Dienstauszeichnung zweiter Klasse, urbestraft. — Präsident: Es wird das Beste sein, wenn Sie, ehe Sie eine ausführliche Erklärung über Ihren Standpunkt hier abgeben, sich einmal über die Veranlassung äußern, aus der heraus Sie die Broschüre geschrieben haben, und wenn Sie uns klug sind, geben über die Vorgänge auf dem Mannheimer Parteitag. — Dr. Liebknecht: Der Mannheimer Parteitag hat mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun. Sie meinen vielleicht die Konferenz jugendlicher Arbeiter, die im Anschluß an den Mannheimer Parteitag stattfand. Auf dieser Konferenz habe ich allerdings auf Münch ein Referat über „Militarismus und Antimilitarismus“ übernommen. Dieser Vortrag ist aber durchaus nicht identisch mit meiner Schrift. Ich habe in dieser Schrift vielmehr den Gehaltengang des Vortrages weiter entwickelt und ausgeführt, und in vielen Beziehungen habe ich ganz neue Gebiete berührt. — Präsident: Sie haben sich in den Schriften ausgeschlossen über gewisse Schwierigkeiten bei der Abfassung der Schrift, so über Überlegung mit Arbeiten während der Reichstagswahlen, Ueberprüfung mit Berufsschäften. Sie haben jedoch erklärt, daß Sie keine Veranlassung hätten, ja auch irgend etwas von der Broschüre zurückzunehmen. Haben Sie nun mit der Bedeutung der Schwierigkeiten sagen wollen, daß, wenn Sie mehr Zeit gehabt hätten, Sie die Broschüre in der Form anders abgefaßt hätten? — Dr. Liebknecht: Ich habe dann lediglich sagen wollen, daß die Broschüre literarisch nicht meinen Wünschen entsprach. Was ich in der Broschüre geschrieben habe, habe ich voll zu verantworten, und ich nehme jedes Wort auf mich. — Präsident: Die Jugend-Organisation spielt in Ihrer Schrift eine erhebliche Rolle. Was verstehen Sie eigentlich unter

Jugendorganisation?

Dr. Liebknecht: Im Laufe der Jahre sind von den verschiedenen Parteien Organisationen gegründet worden, die vorwiegend auf die Jugend berechnet waren, so von der Zentrumspartei, der nationalliberalen Partei, der christlich-sozialen Partei, und die Tatsache, daß die Schule nach meiner Überzeugung ebenso wie alle anderen Staatseinrichtungen dazu ausgenutzt

wird, um der Jugend ganz bestimmte politische Ansichten einzuprägen, die den Interessen des Proletariats zu widersetzen und welcher die Tatsache, daß es überhaupt erforderlich ist, das Proletariat möglichst frühzeitig aufzulösen, hat dazu Veranlassung gegeben, daß man auch auf Seiten der sogenannten sozialdemokratischen Gewerkschaften die bringende Notwendigkeit zur Gründung von Jugend-Organisationen erkannte. Es ist dies bei uns in Deutschland viel später als in allen anderen Ländern geschehen, und zwar bewegen sich die Jugend-Organisationen in Deutschland auf rein gewerkschaftlicher Basis. Sie beschäftigen sich hauptsächlich mit dem Lehrgangsrecht, mit dem Schutz der jugendlichen Arbeiter, Verkürzung der Arbeitzeit usw. Nur in Süddeutschland, wo eine größere Bewegungsfreiheit herrscht, hat man sich auch dementsprechend größeres Spielraum verschafft.

Präsident: Die Anklage knüpft an den Vortrag an, den Sie auf der Konferenz der sogenannten „Jungen Garde“ gehalten haben. Ich bringe deshalb zunächst einen Artikel des „Vorwärts“ vom 28. September 1906 zur Beleuchtung, in der die „junge Garde“ begrüßt wird. Es heißt da:

„Wenn Deutschlands „junge Garde“ nunmehr auch den Antimilitarismus in ihr Arbeitsprogramm aufgenommen hat, so ist sie damit nur dasselbe, was die proletarische Jugend in allen Ländern längst als ihre Aufgabe betrachtet hat. Auch der Parteitag selbst wird sich mit der Frage des Antimilitarismus zu beschäftigen haben. Es liegen dazu vor Anträge aus Teltow, Breslau, Potsdam-Osthavelland und Bremen. Die deutsche „junge Garde“ will, warum sie den Militarismus auf ihre Tagesordnung gelegt hat. Aber will sie weiter eine Schule, eine Vorschule für die deutsche Sozialdemokratie sein, und will sie weiter auf die Sympathien der sozialdemokratischen Bewegung rechnen, so muß sie es als ihre Aufgabe betrachten, sich

aus dem Jahrwasser der Monarchie

in den Sozialismus hinzubezirren.“

Wir kommen nunmehr zu dem Vortrage des Angeklagten auf der Jugend-Konferenz selbst. Es heißt darin:

„Die Erziehung in der Schule, die den kriegerischen Fürsinn ruhm verherrlicht, die Kirche, die den Krieg verleiht, die wirtschaftliche Heraushebung der Eltern- und Gardegruppen, alles das ist das Zunderkrot, mit dem man dem Volke den Militarismus schmachhaft machen will. Die elterne Oberschicht, die Soldatenmishandlungen, die Militärgerichte und Militärgerichts-Urtüle sind die Bettische. Mit Hilfe dieses rassistischen Instituts machen sich die herrschenden Klassen das Heer dienstbar. Die Armee ist jedoch nicht nur ein Instrument gegen den äußeren Feind. Je länger, je mehr wird das Heer zu einer Waffe gegen den inneren Feind. Der Militarismus führt Proletarier gegen Proletarier, er macht die Soldaten zu Feinden ihrer eigenen Klasse, wie das Militäraufgebot am 21. Januar und die Bereithaltung tausender Kanonen in Berlin beweist. Eine Kugle ersetzte 30 bis 40 Mann, 5 Millionen Bewaffnete können deshalb ein Volk von 30 bis 40 Millionen in Schach halten. Was können wir dagegen mit unseren 3 Millionen weißen Pettel tun? Wird auch nur einer dem Kapitalismus die Gesellschaft verleihen? Wohl sind einzelne Teile des Heeres rot, sogar feuerrot. Aber das darf uns nicht dazu bringen, Dummheiten zu machen. Der Kapitalismus kennt keine Achilles-Ferse und schlägt sie. Der Kaiser hat den Antimilitarismus eine nationale Gefahr genannt. Wie symptomatisch sind doch seine Worte stets für die Anschauungen der herrschenden Klassen! Hat doch Wilhelm der Zweite in seiner Unterredung mit Gaston Meunier die Begründung einer internationalen Antimilitaristischen Liga angeregt. Wir haben noch viel zu tun, denn wir haben bisher trotz Bebel so gut wie noch nichts getan. Aber ruhige Überlegung müssen wir behalten. Unsere Aufgabe muß sein, die Jugend über den wahren Charakter des Militarismus aufzuklären.“

Dr. Liebknecht: Der Gehaltengang der Rede ist richtig wiedergegeben, wenn ich auch nicht für alle einzelnen Ausdrücke die Richtigkeit der Wiedergabe übernehmen kann. — Präsident: Auch auf dem Parteitag selbst sind Sie mit antimilitaristischen Anträgen hervorgetreten? — Dr. Liebknecht: Jawohl. — Präsident: Zum ersten Male habe ich 1904 auf dem Bremer Parteitag einen antimilitaristischen Antrag nicht gestellt, sondern nur begründet, er ging von meinem Wahlkreis Potsdam-Osthavelland aus. Dann trat ich auf dem Parteitag in Tübingen wiederum ähnliche Anträge. In Stuttgart habe ich an der Beratung über die Militärfrage nicht teilnehmen können, weil ich der Kommission nicht angehört, die die Resolution hierüber verfaßte. Ich habe mich nur in einer schriftlichen Erklärung gegen die Aufführungen des Abg. von Vollmar gewandt. Hingegen habe ich in Tübingen einen Antrag, der fast genau mir dem vor Mannheim steht, wiederum vertreten, ihn aber nach der Begründung zurückgezogen.

Oberrechtsanwalt Olshausen: Ich möchte bitten, den weiteren Verlauf der Debatte in Mannheim, insbesondere die Erklärung des Angeklagten auf einen Antrag des Abgeordneten Bebel vorzutragen, daß die in Frankreich in den letzten zwei Jahren vertriebene antimilitaristische Agitation ganz vorzüglich sei.

Präsident: Allerdings schließt sich diese Anerkennung an die oben besprochene zeitlich an. Gestatten Sie aber, so an einer anderen Stelle der Anklage zu erörtern, wohin Sie logisch gehört.

Dr. Liebknecht: Auch ich werde mich später darüber auslassen.

Präsident: Wir können nun dazu, die Broschüre zu verlesen. Ich möchte aber vorschlagen, sie nicht ganz zu verlesen, weil einzelne Stellen von keiner Bedeutung für die Untersuchung sind.

Dr. Liebknecht: Ich muß darauf bestehen, daß die ganze Broschüre im Wortlaut verlesen wird. Der ganze Komplex meiner Anschauungen im Zusammenhang muß dem Gerichtshof bekannt werden. Ich lege gerade auf die Stellen Gewicht, auf die die Anklagebehörde natürlich gar kein Gewicht legt. (Geltet.)

Noch weiterer Kontroverse über diese Frage erklärt der Präsident schließlich, zunächst sein Referat halten zu wollen. Sein der Prozeßbeteiligten der Ansicht, daß das Referat keinen Anspruch nicht genügt, so kann er immer noch die Verleidung fordern.

Antrag Breslau

Stadt-Theater.

Hoffmanns Erzählungen.

Diese reizende Parlitur Offenbachs, das einzige seriöse Werk des „musikalischen Spätmachers“, ist Mittwoch wieder an das Licht der Bühnen gezogen worden. Der Erfolg war, wie gleich vorweg genommen sein mag, ein sehr großer. Man sieht also, daß trotz der künstlerischen Mängel des Librettoes und der gänzlichen Unzulänglichkeit der deutschen Ueberleitung die Melodie den Sieg davonträgt. Im übrigen enthält auch diese Partitur so manchen recht gelungenen Instrumentalwitz und Herr Wittwer war eifrig bemüht, sein Orchester in allen Farben glänzen zu lassen. Freilich wurde auch so manche Stelle arg übertrieben, so der Chor in Vorpiel, die Volontärs und der Walzer des ersten Bildes, sowie die Einleitung zur Barbarole des zweiten Bildes. Es wäre übrigens drastischer, dieses reizende Musststück als Intermezzo während der Verwandlung zum Epilo zu spielen. Die Aufführung war im großen und ganzen allen Lobes würdig. Es ist nur traurig, daß man erst des Berliner Meisters bedurfte, um die Figur des Stadtstaats und der Sängerin Stella auf die Szene zu bringen. Von den früheren Inhabern der verschiedenen Partien zeichneten sich in erster Reihe die Herren Schauer (besonders als Mirafel) und Siemert aus, sodann in kleineren Rollen Herr Martin und Fräulein Schreyer (Stella (Mutter)). Frau Brehm schien nicht sonderlich disponiert, wenigstens machte es den Eindruck, als könnte sie sich für das dritte Bild, in dem sie wieder lächelnd lächelt sang. Die übrigen Vertreter der zahlreichen Nebenrollen, Fräulein Meiss, sowie die Herren Lüdtke, Oster, Romann, Alsdorf und Wittenkopf mögen sich mit einem summarischen Lob begnügen. Die Szenerie des zweiten Bildes hatte gegen früher eine wesentliche Aufbesserung erfahren; desgleichen schien es mit, als ob auf die Kostümfrage etwas mehr Sorgfalt gelegt worden wäre als in den Vorjahren. Der Beifall des ausverkauften Hauses war entzückend. H. M.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

20,300 Meter über der Erde. Diese gewaltige Höhe erreichte ein mit registrierenden Instrumenten versehener unbemannter Doppelballon der Schweizerischen Meteorologischen Zentralanstalt in Zürich. Nach einer Reise von kaum 2½ Stunden stieg er wieder zur Erde nieder und wurde bei Burgdorf im Kanton Bern aufgefoult und sorgfältig geborgen. Um bis zu seiner Kolossalhöhe einzusteigen — von der man einen Gesichtskreis von mehr als 1000 Kilometer überblicken könnte — brauchte der Reiseführer wenig mehr als 60 Minuten, wobei die niedrige Temperatur (— 59 Grad Celsius) schon im 11,700

Metern vorherrschte. Der Ballon gegen den Militarismus in den östlichen Volksstrecken zu enthalten. Zu diesem Zweck hat der Parteidienst alljährlich wie in diesem Jahre zu Zeiten der Revolutionsfeier Blätter herauszugeben. Ihnen haben auch die östlichen Parteidienstorganisationen durch Volksversammlungen mit entsprechenden Themen diese Agitation zu betreiben, wobei auch die Kreiszeitungen mit durchgreifenden Artikeln große Dienste erweisen wird.

Der Antrag Potsdam-Osthavelland lautet:

Eine besondere antimilitaristische Propaganda ist systematisch zu entfalten. Zu diesem Zweck ist ein ständiger Ausschuß zu bilden.

Dr. Liebknecht: Mit dem Antrag Breslau habe ich nichts zu tun, er war mir vorher ebenso unbekannt wie jedem anderen Parteidienstbeamten. Ich habe ihn nur, weil mir der Gedanke an das Votum symmetrisch war, in der Begründung des Antrages Potsdam-Osthavelland, den ich selbst verfaßt habe, erwähnt. In dieser Rede habe ich ausgeführt, daß zur Durchführung der Resolution des Parteidienstes, der das Proletariat aller Länder zum Kampfe gegen den Militarismus auffordert, noch vieles geschehen sei. — Präsident: Sie haben dann am 21. Januar an den Altenberger und Magdeburger Streit erinnert. — Dr. Liebknecht: Nur in Nürnberg handelt es sich um einen Streit, bei dem Militär zu Streitbereitstellungen kommandiert wurde. In Magdeburg und Berlin handelt es sich darum, daß Militär gegen unsere Wahlrechtsdemonstrationen im Vereinsgebiet geübt wurde.

In der Liebknechtischen Rede wird dann weiter ausgeführt, daß der Militarismus eine sehr gefährliche und komplizierte Erscheinung und daher auch seine Bekämpfung sehr kompliziert und gefährlich sei.

Präsident: Darf ich vielleicht gleich an dieser Stelle bernennen, daß die Anträge, die Sie in dieser Richtung gestellt haben, niemals den Beifall der Mehrheit Ihrer Partei gefunden haben.

Dr. Liebknecht: Im Gegenteil, wir haben eine Stelle, oft sogar breite Abstimmung erfahren. — Präsident: Soweit ich aus den Zeitungen weiß, sind Ihre Anträge namenslich von den Parteidienstbeamten, den Herren Bebel und Vollmar, befürwortet worden. — Dr. Liebknecht: Jawohl. — Präsident: Und weiter darf ich wohl als vorstellig voraussehen, daß Sie auch in Stuttgart und Esslingen ähnliche Anträge geteuft haben, denen es ebenso ging, wie auf früheren Parteitagen? — Dr. Liebknecht: Zum ersten Male habe ich 1904 auf dem Bremer Parteitag einen antimilitaristischen Antrag nicht gestellt, sondern nur begründet, er ging von meinem Wahlkreis Potsdam-Osthavelland aus. Dann trat ich auf dem Parteitag in Tübingen wiederum ähnliche Anträge. In Stuttgart habe ich an der Beratung über die Militärfrage nicht teilnehmen können, weil ich der Kommission nicht angehört, die die Resolution hierüber verfaßte. Ich habe mich nur in einer schriftlichen Erklärung gegen die Aufführungen des Abg. von Vollmar gewandt. Hingegen habe ich in Tübingen einen Antrag, der fast genau mir dem vor Mannheim steht, wiederum vertreten, ihn aber nach der Begründung zurückgezogen.

Oberrechtsanwalt Olshausen: Ich möchte bitten, den weiteren Verlauf der Debatte in Mannheim, insbesondere die Erklärung des Angeklagten auf einen Antrag des Abgeordneten Bebel vorzutragen, daß die in Frankreich in den letzten zwei Jahren vertriebene antimilitaristische Agitation ganz vorzüglich sei.

Präsident: Allerdings schließt sich diese Anerkennung an die oben besprochene zeitlich an. Gestatten Sie aber, so an einer anderen Stelle der Anklage zu erörtern, wohin Sie logisch gehört.

Dr. Liebknecht: Auch ich werde mich später darüber auslassen.

Präsident: Wir können nun dazu, die Broschüre zu verlesen. Ich möchte aber vorschlagen, sie nicht ganz zu verlesen, weil einzelne Stellen von keiner Bedeutung für die Untersuchung sind.

Dr. Liebknecht: Ich muß darauf bestehen, daß die ganze Broschüre im Wortlaut verlesen wird. Der ganze Komplex meiner Anschauungen im Zusammenhang muß dem Gerichtshof bekannt werden. Ich lege gerade auf die Stellen Gewicht, auf die die Anklagebehörde naturgemäß gar kein Gewicht legt. (Geltet.)

Noch weiterer Kontroverse über diese Frage erklärt der Präsident schließlich, zunächst sein Referat halten zu wollen. Sein der Prozeßbeteiligten der Ansicht, daß das Referat keinen Anspruch nicht genügt, so kann er immer noch die Verleidung fordern.

Aus Friedrichshafen wird ferner berichtet: Graf Zeppelin hat bereits ein neues Schiff Modell IV fertiggebaut, das in der Ballonhalle liegt. Mit der Zusammensetzung wird schon in den nächsten Tagen begonnen. Schrauben und Steuer werden von dem alten Schiffe abgenommen, einzelnes noch vergrößert und verbessert und alsdann bei dem neuen Fahrzeuge verwendet.

Aus aller Welt.

Ein Millionendieb, der sich freiwillig meldet. Auf Paris meldet ein Telegramm:

Der Führer der Bande der Kirchendiebe, Thomas, der sich gestern der Behörde stellte, hat in einem offenen Brief an die Presse erklärt, daß er sechs Mordabschüsse habe, darunter mehrere sehr bekannte Damen aus Clermont-Ferrand. Er versicherte weiter, daß er auf seinen Raubzügen an Geld und Wertgegenständen insgesamt etwa 2 Millionen Francs erarbeitet habe.

Über den Fall selbst werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Bor einige Tage wurde in Clermont-Ferrand entdeckt, daß eine geächtete Bürgerfamilie, die unter der Firma „Böttcher“ Thomas“ in einer belebten Straße ein Geschäft betrieb, sich eine Spezialität aus dem Dienststahl von „Sunnisch & Co.“ in London herstellte. Die beiden Brüder Thomas, ebenso wie ihre Mutter, die für eine sehr wohlhabende Dame galt, betrieben einen schwungvollen Handel mit gesuchten Reliquien und ähnlichen Kunstwerken für die sie Abnehmer bei den Antiquitäten nicht nur in Paris, sondern auch außerhalb der französischen Grenze gefunden haben sollen.

Die weitere Untersuchung hat aber auch ergeben, daß einer der Brüder, Antoine Thomas, noch schwerere Verbrechen begangen hat. Man fand bei ihm einen Schrank, der mit Instrumenten und Gemälden in Erzeugnissen gefüllt war, die nur zur Abreise dienen konnten. Die Ergänzung zu diesem Schrank bildet eine Kassette mit einem zum Teil sehr kostbaren Briefwechsel zwischen Thomas und zahlreichen sehr namhaften Damen aus allen Teilen Frankreichs. In einer zweiten Wohnung, die Thomas unter dem Namen „Doctor Thomas“ genannt hatte, entdeckte man eine Sammlung von Bildern eines kleinen Gesichts, einen blutbefleckten Doktor-Papier mit verschiedenen Firmenzeichen und Photographien der hübschesten französischen Kunstschauspieler. Man nahm auch die Mutter Thomas und einen der Brüder in Haft. Antoine Thomas sich gerade auf einer Schönheitsstraße in London auf. Sonntag legte er nach Clermont-Ferrand zurück und stellte sich der Justiz. Er behauptet, daß seine Brüder und sein Bruder völlig unschuldig seien, und daß man sich sehr leicht täusche, auf den die Künste zu setzen.

Dr. Wedderkopf: Nur mich kann es sich

um eine sehr ernste Angelegenheit, wendete um mehrere Maale Hestung über. Es handelt sich um die heilige Hestung oder Bi-Haus. Eine außergewöhnlich große Anzahl der höchsten Richter des Reiches ist zur Entscheidung auseinander. Ich gebe zu, daß zwei Stunden Verleistung eine ungemeine Pflicht für Sie sein mögen. Aber mein natürlicher Schlußdanktstrieb verbietet es mir, die sonst von mir gern geliebte Rücksicht auf die Zeit der Herren auch heute zu üben. Es handelt sich hier um einen

Tendenzenprozeß

und nur der gesamte Wortlaut meiner Schrift gibt ihre Tendenz korrekt wieder. Sodann durch die Verkündung des Inhalts, die im Referat unvermeidlich ist, wird die Tendenz zu Gunsten einzelner Teile verschoben, die die Anklage hervorhebt.

Der Reichshof zieht sich zur Beschlusssitzung zurück und verhandelt nach ganz kurzer Beratung. So wird § 44 der St.-G.-O. die ganze Schrift verlesen wird. Die Verleistung nimmt den Rest der Vormittags-Sitzung in Anspruch. Verleidiger Dr. Hezel macht im Endergebnis mit dem Präsidenten das Publizum darauf aufmerksam, daß die Verleistung wahrscheinlich drei Stunden zu Unrecht nehmen werde, und daß es vielleicht etwas Besseres tun könnte, als hier zuzuhören. (Große Gelächter.) Das Publizum bleibt jedoch soll vollständig auf seinen Pflichten und hört aufmerksam der Verleistung der Broschüre zu.

Die

Verleistung des Buches

noch schließlich nicht weniger als voll 5 Stunden in Anspruch. Es beginnt im Vorwort mit der Bemerkung auf die jüngsten Entwicklungen des "Grenzboten" über die Grinde zu Bismarcks Abschied. Danach habe Bismarck in jenen Tagen erklärt, die sozialdemokratische Frage, sowohl sie eine politische sei, sei eine militärische. Man sei jetzt der Sozialdemokratie gegenüber außerordentlich leichtsinnig. Erfolge mit Erfolg danach, die Unteroffiziere seien sich an gewinnen. In Hamburg seien schon große Teile der Truppen sozialdemokratisch. Wie, wenn nun einmal diese Truppen sich weigerten auf Vater und Mutter zu schließen, sollten dann hannoversche und mediensburgische Regimenter in Hamburg einmarschieren? Dann hätten wir etwas Aehnliches wie

die Komune.

Der Kaiser sei aber damals eingeschüchtert gewesen und habe erwidert, es wolle

nicht Körperschaftenprinzip

sein und nicht bis an die Endstufe im Blute waten, worauf Bismarck reagierte: "Aber Meister, dann werden Sie später noch viel tiefer hinein müssen!" Der einzige Trost der Bourgeoisie seien demnach die Bajonette und Kanonen der Soldaten. Das Vorwort erinnert dann weiter an die Alexandrievorrede und geht ans all dem die Schlussfolgerung, daß in der Tat die sozialdemokratische Frage von allen Reaktionären als eine militärische angesehen werde. Dieser innere Militärismus, die steigende Gefahr der Verwendung des Heeres gegen den inneren Feind sei noch gefährlicher als die äußere Kriegsgefahr, weil sie die Seele des Volkes vergifte. Die Wahlschlüsse von 1907 mit ihrer fanatischen Ausschließung des nationalistischen Einheitsdenks, füllt die Zettel des bis zur Tiefstwelle gesetzten Abschlußantrages. Dadurch habe das Problem der Bekämpfung des Militärismus aktuelle Bedeutung gewonnen. Das erste Kapitel des Buches geht dann aus von dem Zusammenhang des Militärismus mit der Waffentechnik seiner Zeit. Im zweiten Kapitel wird der besondere Militärismus der kapitalistischen Zeit als Erstcheinung des Klassenstaates geschildert und der Kampf gegen ihn durch die revolutionäre Tatkraft und Weltgemeinschaft des staffenbewußten Proletariats als logische Notwendigkeit nachgewiesen. Daneben werden die besonderen Formen des Flotten- und Kolonialmilitärismus besprochen. Weiter wendet sich die Broschüre den Gefahren des höheren Militärismus zu. Das Proletariat wisse, daß jeder Krieg einen Strom von Röheit und Gemeinheit bedeute, daß das Vaterland, für das es sich schlagen solle, nicht sein Vaterland sei, und daß das gesamte Proletariat aller Länder ein großes gemeinsames Kulturrechte habe. Die Kosten des Militärismus, wenngleich sowohl wie von der Bourgeoisie getragen werden müßten, seien die einzige Grenze des Militärismus überhaupt. Die Broschüre wendet sich dann der Behandlung der Soldaten in der Kaserne zu. Der heilige Platz sei ein Festungsstädtum, das nur Dienstmädchen, Kinder und dem Feind aus dem Kampfproletariat imponieren, daß täglich hinter der Berliner Schlossmauer verlaufe. Das geistige Niveau der Soldaten solle durch die Kasernenziehung möglichst herabgesetzt werden. Die Soldaten würden im Drill so geähmt, wie man Tiere zu jähren versucht. Der Krieg gegen den äußeren Feind erfordere Männer, aber für den Krieg gegen den inneren Feind, den die herrschenden Klüster für wichtiger halten, erzielen sie Sklaven und Maschinen. Die Broschüre schiltet dann eingehend die Verwendung des Militärs gegen streikende Arbeiter. Hier wird nur das Kapitel über Deutschland vorgelesen, in dem Verfaßter erläutert, daß die sparsame Verwendung des deutschen Militärs in Kämpfen, keineswegs auf eine besondere militärische Mäßigung zurückzuführen sei. Deutschland habe vielmehr eine ausgezeichnet organisierte Polizei und Gendarmerie, die alle Wünsche der Bourgeoisie befriedige.

Die eine solche Menge kompromittierender Dokumente, daß kein Beamter wagen würde, den ungeheuren Skandal zu verantworten, der durch eine Untersuchung gegen ihn hervorrufen werden müßte.

15 Jahre Gefängnis für einen Geisteskranken! Auch die französischen Richter sind von Zeit zu Zeit vertäut. Man erinnert sich, daß am 1. Mai in Paris ein junger Russe, namens Jakov Lew, auf der Place de la République von der Imperiale eines Omnibusses auf die Kürassiere schoß, die wegen der angekündigten Arbeiterdemonstrationen den Ordnungsdienst zu versehen hatten. Ein Kürassier wurde, dont dem Panzer, der seine Brust schützte, leicht verletzt. Man verhaftete Lew, in dessen Taschen man antimilitärische Schriften fand. Die Kärate, welche keinen Geisteskrank unterhielten, bezeichneten ihn als craftierten, aber nicht vollständig unzurechnungsfähigen Menschen, der anarchistischen Theorien halbdisant und sich berufen glaubte, die Menschheit zu retten. Jetzt hatte sich Lew vor den Geschworenen zu verantworten. Der Fall knochenhart ausstehende Angeklagte ist 22 Jahre alt und seines Zeichens Schneider. Er gab an, daß er Schoppenheimer, Rast und Wehr, aber soziale Organisationen gelebt habe. Er gibt auch an, Anarchist zu sein, tötet jedoch, auf die Soldaten nur in einem Anfalle von Gewissenswirkenheit geschossen zu haben. Mit dem Revolver, dessen er sich bediente, habe er sich selbst töten wollen. — Trotzdem wurde er zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt!

Eine unheilvolle Verweichung, welche den Tod eines blühenden Menschenlebens und die fast vollständige Erstarrung eines anderen zur Folge habe, ereignete sich am Montag in der Hochzeitsschule von Hirns, am Ende der Straße. Der Betrieb stand an diesem Tage still, weil der Kessel gereinigt wurde. Infolgedessen gab die Hochzeitsschule kein Wasser. Ein Kontrollierling wurde beansprucht, zum Sodaten-Wasser zu holen aus einem Raum, wo ein Wasserhahn steht. Der junge Mann schwöre jedoch nicht aus diesem Raum, sondern aus einem Behälter, in welchem eine galvanische Lösung erhalten war, fließt wie Wasser, jedoch außerordentlich gering. Der Buchhalter Götz sowie der Buchhalter Stein, beiden jungen Leute im Alter von 23 Jahren, wollten ihren Durchsichtigen den Wasserbehälter und tranken. Die Wirkung des Getriebes war entsetzlich. Götz starb sofort und Stein liegt so stark bewußtlos, warum wird ein Raum, in welchem beständig giftige Lösungen aufbewahrt werden, nicht unter Beschluß gehalten, so lange nicht darin gearbeitet wird? Vielleicht gewicht es jetzt, daßheim soll schützende Flagge gerichtet ist.

Es soll noch mehr Blut fließen! Ein chemischer Stadtverordneter von Peterburg hat sich mit einem Kapitän unter einer Kommission um die Reinigung des Zaren mit militärischen Streitkämpfen zu begleiten. Man will aus Russland eine große Stütze und ein vollständiges Sortiment von Fabrikaten, Material-

Wieder abgegangene Hand

befindet sich in der guten Gesellschaft, — von zahlreichen gespaltenen Schülern und abgeholten Ohren. Am übrigen habe bei der Arbeitslosen-Demonstration vor dem Schlosse in den neunzig Jahren auch das Militär eingegriffen und beim Bergarbeiteraufstand von 1889 soll nach bürgerlichen Blättern der Kaiser selbst erklärt haben, daß er bei der geringsten Ungeheuerlichkeit und dem geringsten Widerstand gegen die Behörden alles über den Haufen schleien lassen werde. Es wird dann weiter auf die Rolle hingewiesen, die das Militär in Russland bei der Bekämpfung der Revolution spielt. Bismarck habe stets den Plan gehabt, das Proletariat auf die Straße zu holen und eine Bismarckisch-junkterliche Avingburg von Blut und Eisen auf jenseitigen Proletarienleibnissen errichten. Auch heute wünsche der Junker noch immer eine Politik des haunenden Säbels und der schiessenden Flinten. Der Militarismus sei eine steigende Gefahrung des Friedens. Der Kombi gegen diesen kapitalistischen Militarismus sei der einzige klare Kultursturm. Der Militarismus wird weiter gewehrt als wirtschaftliches Waffmittel zwischen Konsum und Produzent, wobei auf die Auslieferung der Sozialdemokraten von den Militärs verständigt und auf die militärische Vorwolle sozialdemokratischer Versammlungsläden hingewiesen wird. Den Abschnitt beinhaltet eine Bezeichnung der militärischen Korruption, insbesondere der kolonialen Korruption.

Der zweite Teil der Broschüre beschäftigt sich

mit der antimilitärischen Propaganda.

Zunächst werden die Beschlüsse der internationalen sozialistischen Kongresse und dann ihre Ausführungen im Auslande, besonders in den romanischen Ländern, die Käferenagitator, die Rekrutendemonstrationen in Belgien, die teilweise grausame Verfolgungen hervorgerufen haben, weiter die Propaganda Herres, bei der Herre und 26 seiner Genossen im Dezember 1905 wegen eines Maueranschlags, der die Soldaten aufforderte, lieber auf die kommandierenden Offiziere zu schließen, als auf die Genossen, zu 36 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Ein besonderes Kapitel schildert die Gefahren des Alkoholismus. Das entscheidende Kapitel der Broschüre ist das über

die antimilitärische Taktik.

von dem der Präsident hervorhebt, daß es die meisten inkriminierten Fälle enthält. Es beginnt mit den Worten: "Das legitime Ziel des Antimilitarismus ist die Befreiung des Heeres in jeder Form. Damit entfallen alle Nebenerhebungen des Militarismus von selbst." Es wird dann weiter ausgeführt, daß dieses Ziel des Antimilitarismus innerhalb des kapitalistischen Staates nur erreichbar sei durch Schaffung eines Weltbundesstaates oder durch internationale Weltlokommachung der Staaten, was vorläufig noch romanisch Zukunftsmittel sei. Herres erstrebt die internationale Weltlokommachung durch den Militärraum um jeden Preis und in jedem Kriegsfall. Aber unter Umständen besiegt auch das Proletariat Interesse an der Wehrhaftigkeit des Volkes, insbesondere gegenüber den Angriffen einer niederen Kultur. Die Kriege in den Gegenwartsländern seien allerdings meist nur Bonapartisten oder Bänkerten um die Beute. Herres wolle den anarchistischen Militärraum mit der Internationalen verbinden, um dem Proletariat auf diesem Wege die politische Macht zu erobern. Aber Internationalen könnten so wenig gemacht werden, wie Revolutionen. Die Förmungserklärung Herres und Niemanns seien phantastisch und phrasenhaft, die

Stuttgarter Resolution

den internationalen Konflikten gegenüber vielleicht noch etwas hilflos, aber die einzige praktische. Es folgt dann eine längere Polemik gegen den anarchistischen Antimilitarismus. Die Ursachen der antimilitärischen Bewegung seien zwar für Anarchismus und Sozialdemokratie dieselben, da beide in dem Militarismus ein besonders gewaltloses, groß mechanisches Hemmnis der Verwirklichung ihrer sozialen Pläne erblicken. Die Methode des Komplexes aber sei entsprechend den beiden Weltanschauungen ganz verschieden. Der Anarchismus arbeite mit dem ethischen Enthusiasmus und den Sporen der Moral und verlieren sich dadurch in volkstümlichen Dellaationen. Der sozialdemokratische Antimilitarismus hingegen sei ein Teil der Klassenpropaganda. Der Militarismus trage die Keime der Selbstvernichtung in sich selbst, so zum Beispiel bei der Verwendung des Heeres gegen den inneren Feind. Gleichwohl sei eine besondere antimilitärische Propaganda notwendig, denn der Militarismus sei der Panzer des kulturellen Fortschritts, sei ein Gewitter, in dessen dämmrigen Vorwölfe die sozialdemokratische Propaganda erschlossen und der Parlamentarismus immer mehr von Schwüngen befallen werde. Schwächung des Militarismus heißt Förderung der Möglichkeit einer Friedlichen organischen Entwicklung oder doch wenigstens Einschränkung der Möglichkeiten gewaltiger Zusammensetzung. Zur Förderung des Antimilitarismus empfiehlt Liebknecht dann die Jugendorganisation.

Gegen 7 Uhr war die Verleistung der Broschüre beendet. — Präsident: Sie sind beschuldigt eines Verbrechens im Sinne des § 86 St.-G.-O., also einer Handlung, die ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitet. Es handelt sich demnach nicht um einen Versuch oder eine Auforderung zum Hochverrat, sondern im weitesten Sinne um

eine vorbereitende Handlung zum Hochverrat.

Der Stiel und Broed legt nach der Anklage nicht in nebstaler Ferne, sondern in greifbarer Form. Es handelt sich dabei nach der Anklage um eine aktuelle politische Propaganda oder Arbeit. Den Hochverrat sollen Sie vorbereitet haben im Sinne des § 81, Absatz 2, der eine Änderung der Verfassung des Deutschen Reichs in sich schließt. In diesem Falle wird Ihnen der Vorwurf gemacht, die Bestimmungen über unsere Wehrkraft umändern zu wollen, und zwar die Bestimmungen, welche dem Kaiser das ausschließliche Recht der Kriegserklärung und den unbedingten Oberbefehl über den Belagerungszustand bei inneren Unruhen. Dabei haben Sie die erläutern Ihre Stellung an den Herren Abgeordneten einerseits und den Standpunkt Ihrer Partei andererseits. — Dr. Viebahn: Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, daß ich ein Unternehmen gewaltigen Charakters betätigt habe, und zwar dadurch, daß ich die Absicht habe, zu einem

Angriff Frankreichs auf Deutschland

zu befehlen. Diese Aussage ist offensichtlich die Grundlage für die Beleidigung. Weiter heißt es in der Begründung des Beleidigungsausdrucks, daß ich für die allernächste Zeit bereits die Absicht habe, eine Umwidlung unserer Heeresorganisation herbeizuführen, und daß ich nach weiteren Vorbereitungen und nach weiterer Schulung des dafür im ganzen jetzt schon reifen Proletariats, insbesondere auch nach weiterer Ausbildung in den Waffen und natürlich in der Gestaltung solcher, gegebenenfalls — im Falle eines unpopulären Krieges — wenn nicht anders möglich, unter Anwendung von Waffengewalt gegen die noch treue Freiheit, noch nicht roteten Teile des Heeres, diese niedergeschlagen und die verbotene Militärversammlung zu zerstören. Ich möchte mir gestatten, auf folgendes hinzuweisen: Die Anklage schreibt, Sie verfüllt dabei, indem Siestellenweise Teile meiner Schrift wörtlich wiederholt, in die indirekte Rede. Bei dieser Wiedergabe muß ich bemerken, daß in der Anklageschrift diejenigen Punkte, die herausgenommen sind, um überhaupt die Anklage zu begründen, in diese indirekte Redeform und zwar so direkt gelegt worden sind, in die wörtlich in meiner Schrift enthaltenen wörtlich zitierten Worte, als ob sie auch in meiner Schrift enthalten wären. Das ist ein so ungewöhnliches Gedanke, es muß versagen muß, es an dieser Stelle zu charakterisieren. Des weiteren hat der Eröffnungsbeschluß einen Angriff gegen unternommen, gegen den ich mich verteidigen muß. Der Eröffnungsbeschluß sagt, daß ich in meiner Schrift den Hochverrat vorbereitet habe, indem ich darin für die Organisierung einer über das ganze Reich zu verbreitenden besonderen antimilitärischen Propaganda unter Einsicht eines zu deren Leitung und Kontrolle berufenen Zentralausschusses und unter Benutzung der sozialdemokratischen Jugendorganisation eintrat, zwecks organischer Verbesserung und Vermehrung des militärischen Geistes, als deren notwendige Folge sich dann im Falle eines unpopulären Krieges füllen, dem Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland über einer Intervention Deutschlands in Russland. Dem gegenüber gestellt ich mir zu betonen, daß ich eine Intervention Deutschlands in Russland in meiner Schrift bestimmt als etwas außerhalb des Bereiches jeder praktischen Möglichkeit liegenden bezeichnet habe, daß sogar die Anklagebehörde es nicht für erforderlich gehalten hat, diesen Gesichtspunkt in die Anklage aufzunehmen. Wenn dann weiter der Eröffnungsbeschluß von dem Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland spricht, so muß ich dazu folgendes sagen. Der Eröffnungsbeschluß sagt wörtlich: "Schon liegt im Falle eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland eine Situation schaffen dürfte". Der Eröffnungsbeschluß macht also aus den Worten "möglich, daß in absehbarer Zeit" ... "dürfte", und aus den weiteren Erwägungen, die ich daran knüpfe, ein "sich jetzt" Es scheint mir das ein diametral Gegensatz zu meinen Wörtern "dürfte", und aus den weiteren Erwägungen, die ich daran knüpfe, ein "sich jetzt". Es scheint mir das ein merkwürdiges, daß ich außer stande bin, mich auf irgend eins der bisherigen offiziellen Dokumente zu beziehen, weil sie einen Tatbestand unterstellen, der so ersichtlich mit dem Wortlaut meiner Schrift in Widerspruch steht, daß ich hier ebenso gut gegen eine Anklage gegen Herre volemieren könnte. Durch die Erklärung des Herrn Präsidenten ist jetzt noch eine direkte Möglichkeit der Anklage geschaffen. Bisher war man mir vor, daß ich entgegen der Verfassung das sichende Heer abschaffen wolle. Jetzt nimmt man als Objekt meines hochverräterischen Unternehmens nicht das Heer an sich, sondern die Kommandowalt des Kaisers an. Außerdem schreibt man sich jetzt nicht mehr mit dem äukeren Militarismus begnügen zu wollen, sondern auch die innere politische Wirklichkeit des

Antwort zu vertischen, fragt der Gestrengsslug: "Was sprach Gott zur Schrift?" Auf deinem Bauche sollst du kriechen, Herr Schulrat. Schulrat: Schwindt der Schulrat ab und wendet sich zu einem anderen Schüler: sag er die Schriftworte vollende. Dieser antwortet: Du sollst Staub streuen dein Leben lang, Herr Schulrat." Dem Schulrat grauste es ob solcher Höflichkeit und eilig suchte er das Weile.

Die Beschaffenheit einer christlichen Jungfrau. In unserer Zeit, wo über die Erziehung gerade bezweiflichen Geschlechts noch groÙe Meinungsverschiedenheiten bestehen, ist es besonders wertvoll, einmal von sachverständiger Seite zu erfahren, wie eine rechte Jungfrau eigentlich beschaffen sein muß, denn dadurch sind für die Erziehung wenigstens die Richtlinien gegeben. Der Erzieher hat dadurch ein klares Ziel vor Augen, auf das er lossteuern muß. Und wer wäre in diesem Falle wohl sachverständiger als die "Christliche Jungfrau" selbst, eine Monatschrift für katholische Jungfrauen, redigiert von einem Geistlichen? Diese geistliche männliche Jungfrau, oder besser, dieser jungfräuliche geistliche Mann gibt uns im 12. Heft des Jahrganges 1907 der "Christlichen Jungfrau" folgende detaillierte Ausschläge über die Beschaffenheit einer christlichen Jungfrau:

Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie eine Orgel; sobald diese nur ein wenig angetastet wird, so schreit sie. Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie ein Palmenzweig, der sich im Jahre nur einmal sehen läßt. Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie eine Spitalsuppe, die hat wenig Augen, also soll sie sich auch wenig umgassen. Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie eine Nachtwalze, die geht sehr wenig ans Tageslicht. Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie ein Spiegel, wenn man diesem zu nahe kommt und anröhrt, macht er ein finstres Gesicht. Eine rechte Jungfrau soll sein und muß sein wie ein Licht, welches versperrt in der Laternē viel sicherer ist als außerhalb derselben. Insbesondere aber soll sein und muß sein wie eine rechte Jungfrau — wie eine Schönheit, denn die ist allezeit zu Haus, weil sie ihre Bedeutung bei sich trägt."

Treffend bemerkt dazu "Satan" in der "Zeitung am Montag": Für die katholischen Zölibatäre sind solche unerschöpfliche Gänsechen entschieden die idealen Jungfrauen. Die glauben wenigstens noch an die Beschaffung durch den Geistigen Geist und sind auch leicht zu überreden, daß sich derselbe zuwenden in den geistlichen Herren offenbart und an sie herantritt. Vernünftige und aufgellärfte Mädchen glauben dagegen an solchen Unsum nicht und verzweifeln daher auch ihre Jungenschaft nicht an katholische Priester.

Socialismus in die Richtung vorangetrieben. — Präsident (unterbrechend): Ich kann nicht sagen, daß das eine neue Anklage ist. Es ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Reichshofes, die Grundlagen der Anklage zu prüfen. Die Grundlage der Untersuchung ist Ihr ganzes Buch. Daraus kann man viel herauslesen, der eine das, der andere das, und habe die Pflicht, diese Grundlage nach allen Richtungen hin zu erforschen. Ich darf also nicht zulassen, daß Sie Ihr Erstaunen über eine angeblich neue Anklage aussprechen. — Dr. Liebknecht: Ich habe keine Strafprozeßuelle Hilfe vorbringen wollen, sondern nur hervorgehoben, daß der Geschäftspunkt, von dem aus die Anklage mein Buch erfaßt, sich vielmehr geändert hat. Ein Urteil auf des Oberrechtsanwalts bei der Verleugnung hat übrigens noch eine fünfte Form der Anklage geschaffen.

Ich habe geschrieben, daß es für die Aktion des Proletariats keine ungünstigere Gelegenheit gebe, als den Kriegsfall, der Oberrechtsanwalt meinte, das sei ein Druckfeuer; es müsse bestehen, keine günstigere Gelegenheit. Das wäre für ihn allerdings sehr bequem. Ich glaube, ich muß mich gegen alle fünf Möglichkeiten wehren. Der Beschlagnahmeantrag behauptet, ich habe Frankreich aus Deutschland hegen wollen. Diese Auslösung ist durch die Verleugnung meiner Schrift vollkommen verhindert. Wir quälen uns auf nationalen und internationalen Kongressen im Schwelhe unseres Angesichts, zur Verhinderung der Kriege das wirksamste Mittel zu finden, und der Oberrechtsanwalt glaubt, wir hätten nichts Besseres zu tun, als Kriege zu provozieren. Noch bedenklicher ist das zweite Maßnahmen der Anklage. Nach wölfjährigen und sozialen Titaten aus meiner Schrift sind Sätze, wie zum Beispiel „diese erhoffte Wirkung wird möglichst bald eintreten“ oder „was beides bald erreicht sein wird“ in das Titat hineingeschoben, weil sie der Anklage sehr zusätzlichen kommen. In Wahrheit schrieb ich keine Sätze davon. Weiter behauptet die Anklage, ich habe die Absicht ausgesprochen, den treibenden Teil des Heeres mit Hilfe des abtrünnigen und mit Hilfe des übrigen Proletariats zu überwinden. Auch das ist vollkommen frei erfunden. Besonders anregend ist der Schluss der Anklage, wonach ich Waffen austelen und die Proletarier in der Herstellung von Waffen unterrichten will. Ich habe nicht nötig, mich gegen eine derartige Aussöhnung zu wehren. — Oberrechtsanwalt (unterbrechend): Der Angeklagte verteidigt sich hier, ehe noch die Beweisaufnahme beginnt, und ich Gelegenheit hatte, die Anklage in der Hauptverhandlung zu begründen. — Tiefwiger Hegel: Auch wir befürchten, daß der Angeklagte durch dieses Vorgehen in seiner Vertheidigung ungewöhnlich behindert wird. Uns erscheint es zur Förderung der Verhandlung angebracht, jetzt zur

Fragestellung

überzugehen. — Präsident: Das war ganz meine Absicht. Nachdem der Angeklagte, wie es sein Recht ist, die Anklagechrift in ausreichendem Maße kritisiert hat, will ich jetzt in einer Unterredung mit ihm über die Punkte eintreten, die nach meiner Auffassung wesentlich sind. Sie unterscheiden also, Herr Liebknecht, zwischen dem äußeren und inneren Militarismus. Unter äußерem Militarismus verstehen Sie die Verwendung des Heeres im Kriege, unter innerem die im Falle eines Aufstandes. — Dr. Liebknecht: Nicht nur die Verwendung im Falle eines Aufstandes. Es wäre auch denbar, daß das Militär verwendet würde, um eine legale Volksbewegung niederzuwerfen, was jeder Freund d. Demokratie in Deutschland befürchtet und eine große Zahl sehr einflußreicher Personen als Rezept empfohlen. — Präsident: Wenn ich von Aufstand spreche, so meine ich auch nur irgend eine Volksbewegung, nicht eine Revolution im engeren Sinne. Das eine Volksbewegung legal ist, ist nur Ihre Auffassung, die hier nicht in Betracht kommt. — Dr. Liebknecht: Das ist doch aber gerade der Zentralpunkt der Frage. Ich glaube, daß eine große Zahl politisch führender Personen der Reaktion direkt zu

Gewalttätigkeiten gegen das Volk

aufreizen. Die Gefahr eines Staatsstreiches in Deutschland hat stets bestanden. — Präsident: Nach der Verfassung steht aber ausdrücklich dem Kaiser das Recht zu, im Interesse der öffentlichen Sicherheit den Belagerungszustand zu erläutern. Ob das im Sinne Ihrer Partei ist, ist für mich ohne Bedeutung. Sie schreiben, daß Sie als Sozialdemokrat selbstverständlich den inneren Militarismus mit Stamps und Stiel austrotzen wollen. Das kann doch nur heißen, daß Sie an Stelle der Befreiung des Kaisers nach Artikel 68 der Verfassung Ihre Partei sezen wollen. — Liebknecht: Der Kaiser hat allerdings das Recht, den Belagerungszustand zu proklamieren, aber die Verfassung muß von unten, wie von oben gehalten werden. Staatsrechtlich zweifle ich nicht im geringsten, daß, wenn das Militär verfassungswidrig zum Staatsstreich verhendet werden sollte, die Verfassung zu erkranken aufgehört hat, und jede Abwehr dieses Staatsreiches nur als eine Verteidigung der alten Verfassung, nicht als ein Angriff auf sie anzusehen wäre. — Präsident: Sind Ihnen denn Fälle verfassungswidriger Verwendung des Militärs in Deutschland bekannt? — Liebknecht: Nein. Aber die Gefahr dafür besteht doch nach der Neuordnung zahlreicher mächtiger Personen. — Vorsitzender: Wir gehen dann über... — Liebknecht (unterbrechend): Ich erinnere nur an Neuerungen von Oldenburg-Fanfau, der „Post“, der „Kreuzzeitung“, der „Hamburger Nachrichten“, die alle einen gewaltvollen Bruch der Verfassung fordern. — Präsident: Wir gehen zum äußeren Militarismus über. — Liebknecht: Ich lasse mich nicht unterbrechen. Sie fordern also für den äußeren Militarismus das Recht für das Volk, über Krieg und Frieden zu entscheiden. — Liebknecht: Die Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk will jeder Demokrat, und ich als Sozialdemokrat natürlich erst recht. Man müßte sehr geringes Auftragen in die Entwicklung der Menschheit haben, wenn nicht einmal diese Entwicklung sich friedlich sollte vollziehen können. — Teschke sieht ja auch diese Forderung auf Ihrem Minnungsprogramm. — Präsident: Ihr Minnungsprogramm friedlich durchzuführen ist, wird später zu erörtern sein.

Es wird dann ein Artikel Liebknechts aus dem Organ der „Jungen Garde“, „Retter-Nachrichten“, verlesen und zum Vergleich mit ihm eine große Zahl von Schriften Herdes und des „Blou-Brou“. — Schließlich hält der Präsident Dr. Liebknecht die Reden Vollmars in Stuttgart und Essen vor und fragt, worin denn der Gegensatz besteht, wenn Liebknecht eine Kaiserkönigliche nicht wolle. — Liebknecht: Der Unterschied ist wohl mehr im Temperament gelegen. — Hierauf wird nach 9 Uhr die Verhandlung auf morgen verlegt.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 10. Oktober 1907.

Geschichtskalender.

10. Oktober.

- 1547 Der spanische Dichter Cervantes*.
1791 Der Dichter Christian Friedrich Daniel Schubart in Stuttgart f.
1794 Niederlage des Polenführers Thaddäus Kosciuszko bei Maciejowice gegen die Russen („Finis Poloniae“).
1858 Der Schriftsteller Karl August Varnhagen von Ense in Berlin f.
1861 Der Nordpolfahrer Fridtjof Nansen*.
1905 Wahlrechts-Demonstration in Prag.

* Ein vorläufiger Erfolg des Gewerkschafts-Kartells. Das Kartell hatte im September d. J. beschlossen, einen Antrag an den Magistrat zu stellen, die Zuständigkeit des Gewerbegebiets auf den Landkreis Breslau auszuweiten. In der Begründung dieses Gesuches wurde

insbesondere ausgeführt, daß die Industriellen vermehrt seien, ihre Betriebe außerhalb der Stadtgrenze auf das flache Land zu verlegen. Die in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen würden durch diese Entwicklung insfern geschädigt, als sie nicht in der Lage sind, ihre gewöhnlichen Streitigkeiten, wie gewöhnt, vor dem Gewerbege richt zum Austrage bringen zu können, wo sie werden schnelle und billige Rechtsprechung gefügt werden, sie werden vielmehr gezwungen, ihr Recht vor dem Amtsgericht zu suchen. Es könne aber nicht die Absicht des Gesetzgebers sein, daß tausende von gewerblichen Arbeitern ihres Rechts an die soziale Gesetzgebung verloren gehen, wenn die Industrie sich aus den Städten entfernt und sich auf dem Lande etabliert. Aus diesem Grunde bestehe auch für den Magistrat von Breslau die soziale Pflicht, die Zuständigkeit des Gewerbegebiets zu erweitern. Der Magistrat hat ein Gutachten vom Gewerbegebietsausschuß eingefordert und dieses hat sich, wie bereits kurz gemeldet, in der Sitzung vom 7. d. M. einstimmig für die Ausdehnung ausgesprochen. Es wird sich nun fragen, ob der Kreis dafür zu haben sein wird, einen Teil der durch die Angleichung entstehenden Mehrkosten zu tragen.

* Eine fröhliche Botschaft für die „Volkswacht“-Leser. Eine seltene Überraschung plant, wie Heimzähmchen uns berichten, der „Breslauer General-Anzeiger“ ganz im stillen und geheimen für die Abonnenten der „Volkswacht“. Um diese steifnackigen Leute von der regierungstreuen Güte des „unparteiischen“ Blattes zu überzeugen, sollen unsere Leser von einem der nächsten Montage ab auf vier Wochen den „General-Anzeiger“ gratis ins Haus gebracht erhalten. Die Arbeiter sollen davon Kenntnis nehmen, daß man „parteilos“ aussehen und dabei doch ganz gut in Surrapatriotismus, Bülowverherrlichung und Prinzessinnen-pikenieren machen kann, wenn nicht gegen Bezahlung, dann eben gratis.

Die Geschichte wird dem „General-Anzeiger“ natürlich ein anständiges Stück Geld kosten. Über was macht das aus? Erstens hat man denen, die nie alle werden, ja schon Hunderttausende abgängt und zweitens wissen wir ja aus Bevels Entschließung im Reichstag, wie Reichsverband und Großbanken es sich etwas kosten lassen, wenn es gilt die Arbeiter, die sich selbstständig gemacht haben, wieder einzufangen. Mit eifersüchtigen Augen sehen die Staatsbeamten, wie sich trotz der großen „Niederlage“ am 25. Januar unsere Reihen stärken, wie die Leserschaft unserer Zeitungen zunimmt und so soll ein großer Fischzug unternommen werden.

Vielleicht kränkt den Verkäufer des Bülow'schen Ruhmes unser letztes Flugblatt, vielleicht aber auch die Mitteilung, daß der „Breslauer General-Anzeiger“ auf dem Berliner Kongress für Gesundheitspflege als abschreckendes Beispiel ausgestellt wurde, als dasjenige politische Tageblatt, welches die meisten Schwindelannoncen für Heilmittel veröffentlicht, mit denen man armen Kranken die letzten Heller aus der Tasche zieht.

Wenn unsere Leser uns fragen, wie sie sich gegenüber der bevorstehenden Sintflut von Zeitungspapier mit Mordgeschichten und Schwindelannoncen verhalten sollen, so ist unser Rat sehr einfach. Zweierlei ist möglich:

Wer die Ware aus früherer Zeit schon kennt, eine Verreicherung seines Wissens also nicht mehr braucht, der weise dem Ueberbringer des Geschenkes höflich aber bestimmt die Tür. Höflich, denn die Ueberbringer sind arme Angestellte, die um des Brotes willen sich in den Dienst der Volksversimpelung stellen müssen, bestimmt, denn so ein Schmoß läßt nicht locker und wird seine Leute immer wieder in Eure Wohnungen jagen.

Wer sich dagegen überzeugen will, wie der „Breslauer General-Anzeiger“ im Blockalitaler genau so überzeugungstreulich ist, wie er früher recht geschrieben hat und nach Erneuerung der konservativ-klerikalen Regierung wieder rechts schreiben wird, der nehme die Gabe vorsichtig hin, bei ihrer Prüfung wollen wir ihm nach besten Kräften behilflich sein. Und wenn die vier Gratiswochen um sind und die ersten Moneten verlangt werden, dann lasse man seine Frau mit dankbarem Lächeln austrichen: Es hat uns viel Vergnügen gemacht, aber wir danken für die weitere Ehre!

Wohlgemerkt, nur die Leser der „Volkswacht“, nur die Leser eines freien, unabhängigen Organs, das kraftvoll für seine Ideen eintritt, werden mit der malten Limonade übergossen, die eigentlich nur für alte Mütterchen und ausgepicke Phänsister bestimmt ist. Wer ein freisinniges, konservatives, klerikales oder antisemitisches Blatt liest, der bleibt ungeschoren, nur den freien Arbeiter soll das Glück gebrochen werden. Doch dazu gehören zwei, da müssen die Arbeiter auch dabei sein.

Vielleicht versucht es das in allen Farben schillernde Blatt während der vier Mäusefallen-Wochen nicht nur mit radikaler, sondern sogar mit sozialdemokratischer Redigierung. Bei ihm ist ja kein Ding unmöglich. Hat es doch in den letzten Wochen allein drei Tote erfunden, einen vom Automobil zerfahrener Kellner und zwei Fischer. Aber — so sicher, wie die toten Fischer mutter und gefund nach Breslau gelippelt sind — so sicher kommen die verblendeten Leser des unparteiischen Regierungsblattes nach einander an die Neue Graupenstraße, um sich ein ehrliches Volksblatt an Stelle des Kapitalistenblattes zu holen. Unsere Genossen haben doppelten Anlaß, diesen Suchenden überall den Weg zu zeigen.

Für diejenigen Leser der „Volkswacht“, die um der Frauen willen neben unserem Blatt den „General-Anzeiger“ noch im Hause dulben, ergibt sich noch eine besonders günstige Vorteile. Sie können das kapitalistische Blatt abbestellen, da sie es ja vier Wochen lang umsonst gesehert erhalten. Ueberhaupt hat jeder Leser des „General-Anzeigers“ jetzt die günstigste Gelegenheit, die „Volkswacht“ zu bestellen, da er neben dieser den „General-Anzeiger“ gratis gestellt haben soll. Man gebe also nicht, wenn das papierne Hochwasser naht.

„Wie kommt Breslau“ lautet der Titel. Dies ist ein interessanter Bericht über die Tätigkeit des Abgeordnetenbundes und der Rentenanstalt in diesem während des letzten Abends der verflossenen Session. Auch die Bemühungen des Abgeordnetenbundes hätten unter dem Einfluß der Blockpolitik gescheitert. Was will es scheinen, als ob aus den Worten des Redners eine außerordentlich milde Signalisation herausgestellt hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte. Unser wiederbetonte Herr Bielefeld, daß die Rentenanstalt diese oder jene Maßnahmen einzubringen hätte, aber leider seien sie von der Regierung nicht angenommen worden, oder man müsse vorläufig noch abwarten, was daraus werden möge; allerdings — Man hätte meinen sollen, daß gerade unter diesen Umständen aus den Ausschreibungen des Rentenmannes die Forderung nach einer freien Wahlrechtsausübung herausgelöst hätte

